

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljahr 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustriertem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gemischthafliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Brühl-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508.

Freitag, den 17. August 1900.

Expedition: SW. 19, Brühl-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

Verfleierter Raub.

Gefragt, die Gesandten in Peking wären in Sicherheit gebracht und die militärischen Operationen gingen schnell zu Ende — was noch keineswegs sicher —, so erheben sich erst eigentlich die Schwierigkeiten der chinesischen Frage. Was soll alsdann geschehen?

Sollen die Fehler, die gegen China begangen wurden, fortgesetzt und gar vermehrt werden? Will man in der chinesischen Bevölkerung weiter die Saat des Fremdenhasses ausbreiten oder wird man endlich ein wenig Selbsterkenntnis haben und mit etwas mehr Klugheit und Gerechtigkeit an der Lösung der chinesischen Wirren wirken?

Wir erwarten nichts Gutes von der künftigen Diplomatie, die in blinder Hoffahrt in die fremde chinesische Welt hineintappte. Am wenigsten von der deutschen Diplomatie, die nichts erkannte von dem, was sich in China vorbereitete und deren Vertreter hoch zu Ross in das herandräuende Verderben stürmte.

Der Gedanke einer Aufstellung des chinesischen Reichs unter die europäischen Mächte, mit dem man gern zu spielen liebte, wird jetzt allseitig zurückgewiesen. Auch der deutsche Kaiser hat sich gegen eine Zerstückelung des Reiches und Verteilung seiner Städte geäußert. Aber er sagte: „vorläufig sei daran ganz und gar nicht zu denken“; in China wird gewiß auch dieses „vorläufig“ seinen Wiederhall finden.

Doch was will man unternehmen, wenn eine Aufteilung und neue Gebietsverteilungen ausgeschlossen bleiben?

Wir finden in der Presse Andeutungen, welche die zukünftigen Taten der Diplomatie ahnen lassen. Man kann nicht früh genug auf diese Dinge hinweisen. Die „Kreuz-Zeitung“ entwickelt in zwei aufeinander folgenden Nummern eine Art Programm der Strafe und Sühne in China.

Die „Kreuz-Zeitung“ führte am Mittwoch aus:

... Da ist nun zweierlei möglich: Entweder die jetzige chinesische Regierung wird anerkannt und wird das Organ des strafenden Willens der Alliierten, oder die Verbündeten erkennen eine andre bereits konstituierte oder zu konstituierende Obrigkeit in Peking als diejenige an, mit der sie verhandeln. In beiden Fällen wird eine längere militärische Occupation Pekings unerlässlich sein, einmal, um zu behaupten, was bisher militärisch errungen ist, dann aber, um nach Vorfahrung der Schulden die notwendigen Bürgschaften für die Zukunft und die Bezahlung der ungeheueren Kriegskosten zu erzwingen, die China der Welt aufgedrungen hat. Das alles sind Dinge, die nach einem siegreichen Kriege sich aus dem geltenden Völkerrecht als selbstverständliche Forderungen ergeben. Die Dauer der Occupation Pekings wird in Abhängigkeit stehen von jenen Bürgschaften, die China zu leisten hat und die durch Stellung von Geiseln und Besetzung chinesischer Häfen und anderer strategisch wichtiger Punkte gesichert werden können. Die Kriegsentwädigung, die bei der geringen Entwicklung des chinesischen Finanzwesens auf dem bisher üblichen Wege der Belastung der Zoll-Einnahmen Chinas nicht zu beschaffen wäre, ist aber nur durch eine gänzliche Reformierung der chinesischen Finanzen zu erreichen, wie sie nur unter europäischer Leitung erreicht werden kann. Wesentlich ist China eines der reichsten Länder der Erde, es hat doch 20 Millionen als jedes andre Land der Welt; wird das Li-Hung-Tschang, wenn auch vielleicht übertreibend, auf 2 Milliarden Mark Vermögen geschätzt — eine Vermögenssteuer oder eine Einkommensteuer würde daher nicht nur die Mittel zur Zahlung der Kriegskosten mit Leichtigkeit schaffen, sondern auch, was doch sehr wesentlich ist, der Centralregierung die Mittel in die Hände liefern, die es ihr möglich machen, die Wunden des Kriegs zu heilen und sich von der Abhängigkeit zu emancipieren, in der sie von den blutsaugerischen Vizekönigen der einzelnen Provinzen steht.

Und weiter sagt dasselbe Blatt in seiner Donnerstag-Nummer: „Obwohl die Mächte nicht ganz freizusprechen sind von dem Vorwurfe, daß sie durch ihre Unvorsichtigkeit und Unklugheit die schlimmste Wendung der Dinge in China mit herbeiführen halfen, muß selbstverständlich von der chinesischen Regierung in ausgedehntester Maße volle Sühne und Genugthuung für die Verbrechen und Zerstörungen gegeben werden. Aber es wäre unvernünftig, wollte man die politische Unabhängigkeit des Landes irgendwie härter antastet. Sobald Sühne geleistet ist, sowie ausreichende Garantien für die Zukunft gegeben sind, muß man China sich im Innern nach seinen eigenen Principien regieren lassen. China kann nur von Chinesen regiert werden, eine Beseitigung der Dynastie würde das Chaos bedeuten.“

Nur muß der Kaiser von fremdenfeindlichen Einflüssen frei gehalten werden und unter Kontrolle des Auslands stehen, insofern etwa, als man ihm ein chinesisches Ministerium gäbe, das mit einem Kollegium auswärtiger Vertreter kooperiert. Es wäre vielleicht auch angebracht, die Residenz zu verlegen, etwa nach Kanking, obwohl Kanking damit wenig einverstanden sein würde. Ferner muß China vollständig dem Handel aller Nationen freigegeben werden. Diese „Desiderata“ sind natürlich nur mit der Unterstützung fremder Truppen zu verwirklichen, die stets im Stande sein müssen, die Ausländer und ihre Interessen zu verteidigen. Es dürfte sich daher empfehlen, internationale Garnisonen von genügender Stärke sowohl in Peking, Tientsin und Taku zu halten, als auch in andern wichtigen Städten, wo es nötig sein sollte. Dies ist

das einzige Mittel, um auf die Regierung sowie auf die Volksmasse einen nachhaltigen Druck auszuüben, der sie vor unklugen Schritten zurückhält.“

In harmlosen Wendungen wird da der ungeheuerlichste Plan der Verraubung Chinas um die Selbständigkeit vorgetragen.

Gerade die Ueberzeugung, daß die gegenwärtige Dynastie nicht mehr befähigt sei, das Reich vor den Zumutungen der Fremden zu schützen, trug hervorragend zur Entflammung des Aufstands der chinesischen Bevölkerung bei. Jetzt denkt man daran, die eingeborene Regierung zu einem willenlosen Werkzeug der europäischen Diplomatie zu erniedrigen.

Die „Pachtungen“ an der Küste waren eine fernere Ursache der Ausbreitung des Fremdenhasses. Jetzt sollen die Hauptstadt des Landes und „andre wichtige Städte“ militärisch besetzt werden.

Diese Mittel des „nachhaltigen Drucks“ werden Propagandamittel zur Verbreitung unerbitlichsten Fremdenhasses bis in die fernsten Gebiete des weiten Reiches werden.

Gleich ansichtslos ist das Verlangen nach „Bezahlung der ungeheuren Kriegskosten“. Das seien „selbstverständliche Forderungen aus dem geltenden Völkerrecht“. Als man den Chinesen mitten im Frieden Städte Lands entzieht, erinnert man sich nicht des Völkerrechts. Und, wie nun die Dinge in China stehen, bedeutet die Auflegung hoher Kriegskosten eine erneute Ausraubung des Landes. Erst nimmt man den Chinesen Land, dann, unter dem Vorwande des Völkerrechts, beschlagnahmt man verfleierten Raub an chinesischem Eigentum.

Gewinn sucht treibt das europäische Kapital nach Ostasien. Nun werden auch die Epesen des habgierigen Geschäfts denen aufgebürdet, an denen die europäischen Ausbeutungsmethoden sich erproben sollen.

Echon seit längerer Zeit beabsichtigte die chinesische Regierung die Erhöhung der Zollabgaben, um ihren Schuldverpflichtungen gegen die europäische Finanzwelt nachkommen zu können. Während der Wert des chinesischen Taels seit Jahren rapid gesunken ist, mußte die Regierung stets neue Anleihen aufnehmen, eine immer wachsende Finschuld tragen. Die Verhandlungen mit England über die Erhöhung der Seezölle waren noch im Gange, als der Aufstand ausbrach.

Die „Rein-Westfäl. Ztg.“ — die übrigens die erhoffte glänzende Handelsentwicklung zwischen Deutschland und China sehr zweifelnd betrachtet — giebt an, wie tief China schon jetzt in Schulden steckt:

„Ob China ferner faktisch allen Mächten eine volle Kriegsentwädigung zahlen können wird, das ist auch sehr fraglich. Es hat bereits 11 Anleihen zu 4 bis 5 Proz. in Höhe von 1000 Millionen Frank gemacht, für die jährlich etwa 80 Millionen Zinsen zu zahlen sind. Japan erhielt seiner Zeit für den zweijährigen Feldzug eine Kriegskosten-Entwädigung von 300 Millionen Yen (1 Yen = ca. 2,10 Mk.) oder etwa 770 Millionen Frank. Die Verbündeten Mächte werden vermutlich viel mehr Truppen ins Feld führen, als Japan im Jahre 1894. Wenn sie dann zusammen ebenfalls 770 Millionen Frankent Entwädigung beanspruchen, so wäre das vielleicht viel zu knapp gerechnet. Wer wird China, wo man sich jetzt so unsicher fühlt, diese Summe aber leihen? Und wie soll es die Zinsen dafür aufbringen, die bei 5 Proz. schon fast 40 Mill. Frank betragen? Denn Chinas Gesamtentnahme aus Böden aller Art (Seezölle) betragen nur 2 1/2 Millionen Haivan Taels (a 2,94 Mk.) oder etwa 83 Millionen Frankent, die nur zur Verzinsung der bisherigen Anleihen reichen. Oder soll man die fünfprozentigen Seezölle erhöhen? Aber die „Politik der freien Thür“ würde durch solche Zollerhöhungen wenig gefördert und die Wareneinfuhr aus Europa erschwert werden, zum Nachteil des Handels, dessenwegen die Mächte sich hier ja hauptsächlich nur festsetzen. Die Aussichten des Handels sind aber für die nächste Zukunft infolge der europäerfeindlichen Bohlottbewegung im Reiche der Mitte, durch die Ermordung der Fremden und der einheimischen Christen, durch Zerstörung der Eisenbahnen, Handelsniederlassungen und sonstigen europäischen Anlagen o hnehin recht traurig.“

Wollten aber die Mächte eine Erhöhung der Zölle in Höhe — der Abgaben, die beim Warentransport im Innern Chinas erhoben werden — oder eine Steuer auf die Wohlhabenden erzwingen, wie die „Kreuz-Zeitung“ im ammutigen Gegensatz zu ihrer Edeu vor solcher Steuer hier zu Lande vorschlägt, so würde diese Steuererhöhung zu Gunsten der Fremden wiederum der Quell dauernder unersöhnlicher Verbitterung werden. Wüßte doch auch bisher schon die Verwendung der Steuern zur Begleichung der Schuldverpflichtungen eine der wichtigsten Ursachen der chinesischen Empörung. Lord Charles Beresford, der stärkere englische Marineminister, der vor kurzem China bereiste, giebt in seiner Schrift „The Break-up of China“ (Chinas Zusammenbruch) einige charakteristische Mitteilungen über die Wirkungen des Steuerdrucks. Lord Beresford berichtet, wie wir der „Zeit“ entnehmen:

„Der Vizekönig Tschang Tsching in Kansau sagte ganz unumwunden, daß er Unruhen in seinen Provinzen fürchte und daß, wenn diese Unruhen ernstere Formen annehmen, er nicht genug Truppen hätte, um ihrer Herr zu werden, weil seine Finanzen dafür nicht zureichen, da Ulm (innere Steuer) Einkünfte in seinen Provinzen, die sonst der Provinzverwaltung zustehen, zur Bezahlung der Zinsen der von der chinesischen Regierung mit den fremden Regierungen (Deutschland und England) abgeschlossenen Darlehen abgewiesen worden seien.“ Auf die Frage, warum er Unruhen befürchte, sagte er, „in der Bevölkerung herrsche die Anschauung, daß sie für die Fremden

Steuern zahlen müsse. Diese Idee habe den latenten Haß wieder entzündet, welchen die Chinesen jederzeit gegen die Fremden hegen.“ Dieselbe Erklärung von den fremden Anleihen, dem Geldmangel und infolge dessen Truppenmangel gab auch der andre fremdenfreundliche Vizekönig Liu Kunhi in Kanking, und auch er sagte Unruhen vor aus. Ganz in demselben Sinne sprachen sich auch die englischen Kaufleute in Shanghai aus.“

Die die Diplomatie diese und so viele andre Zeichen der heraufstürmenden Gefahr nicht sah, so soll sie nun durch Fortsetzung einer unersöhnlichen Gewalt- und Ausbeutungspolitik noch weit größere Gefahren vorbereiten.

Man stürzt von Fehler zu Fehler, von Unrecht zu Unrecht.

Jetzt kommt Europa vielleicht noch ohne allzu große Opfer davon und Graf Waldersee wird um den blutigen Lorbeer betrogen. Um so größer ist aber die Gefahr, daß ein glücklicher Ausgang des jetzigen Feldzugs den europäischen Dünkel stauchelt und zu neuen und noch verhängnisvolleren Fehlern verführt.

Will man in China rächen und sühnen, will man Militärbefähigungen in das Land werfen und die Bevölkerung durch Steuern bedrücken, so wird sich die chinesische Gefahr bald von neuem und fürchterlicher erheben.

Vor Peking.

Die verbündeten Truppen — deutsche Soldaten sind nicht in ihrem Verhalte — haben sich, das erdient nun sicher, Peking bis auf eine sehr geringe Entfernung genähert. Ob die Truppen noch bei Lung-tschou, dem Flußhafen Pekings am Peiho, stehen, oder ob sie dicht vor den Thoren Pekings stehen, ist ungewiß. Zuverlässige amtliche Meldungen liegen nicht vor. Die Verbindung zwischen den Truppen und Tientsin geschieht offenbar noch durch zerräubernde persönliche Uebermittelungen.

Die Gefahr, daß die rückwärtigen Verbindungen der Truppen von den Chinesen abgeschnitten werden, erscheint noch nicht völlig beseitigt.

Ganz unbekannt ist, ob die chinesische Regierung in Peking verblieben oder geflohen ist, ebenso ob die chinesischen Truppen es auf einen Angriff der Truppen gegen die Hauptstadt ankommen lassen werden oder ob sie freiwillig die Thore öffnen wollen.

Der Vormarsch.

Tientsin, 14. Aug. Die Kontingente haben Tschang-Kia-tou an unter geringen Verlusten genommen. Die Chinesen, welche 500 Tote zurückließen, hoben teils nach Lung-tschou, teils nach Peking.

Tokio, 14. August. Bei Tagesanbruch am 12. August besetzten die japanischen Truppen Lung-tschou, zehn Meilen von Peking, ohne Widerstand des Feindes, welcher sich die Nacht vorher nach Peking zurückgezogen zu haben scheint. Bedeutende Waffenvorräte und Magazine mit Getreide wurden genommen.

Washington, 16. August. Admiral Kemej telegraphiert aus Taku vom 13. August: Von der Front liegen seit dem 11. August keine Meldungen vor. Nach den letzten Nachrichten aus japanischer Quelle haben die Verbündeten am 12. August Lung-tschou genommen und wollten heute (13. August) Peking angreifen.

New York, 16. August. Das „New York Journal“ veröffentlicht folgende vom 14. d. M. datierte Depesche eines Korrespondenten in Tschifu: Ich erfahre aus guter chinesischer Quelle, daß die Verbündeten am Montag vor Peking eingetroffen sind. Ich habe guten Grund zu der Annahme, daß das Heer den Einmarsch in Peking erzwang, und daß die Gesandten und ihre Freunde heute gerettet sind; wahrscheinlich befinden sie sich gegenwärtig wohlbehalten bei dem christlichen Heere. (1)

Unterhandlungen vor den Thoren Pekings.

Dem „New York Herald“ wird aus Washington vom 16. d. M. gemeldet:

Li-Hung-Tschang habe gestern durch den amerikanischen Konsul in Shanghai den Vorschlag gemacht, außerhalb Pekings die fremden Gesandten den verbündeten Truppen zu überliefern. Die amerikanische Regierung habe diesen Vorschlag Li-Hung-Tschangs abgelehnt und ihre Forderung wiederholt, daß China mit den Verbündeten zusammenwirken müsse, um das Einrücken einer genügend großen Streitmacht der Verbündeten in Peking und die Abreise der Gesandten und der übrigen Christen aus Peking zu ermöglichen bezw. zu erleichtern.

Abweichend hiervon meldet aus Washington, 16. August, das „Reutersche Bureau“: Hier ist die Nachricht eingetroffen, China werde einen hohen Beamten beauftragen, mit den Befehlshabern der verbündeten Truppen in Lung-tschou zusammenzutreffen, um mit diesen für das sichere Geleit der Gesandtschaften Vorsehrungen zu treffen. Wie es heißt, sei Prinz Tsching dazu bestimmt worden, diese Unterhandlungen zu führen. Wahrscheinlich habe die betreffende Zusammenkunft bereits stattgefunden. (1)

Gefährdung der Rückzugslinie?

Die römische „Agenzia Stefani“ meldet aus Taku über Tschifu vom 14. d. M.: Der Befehlshaber der russischen Truppen teilt mit, daß die rückwärtigen Verbindungen bedroht wären, er beabsichtigt einen Angriff und verlangt Verstärkungen. Ein Bataillon Franzosen und zwei Kompagnien Italiener, letztere vom Kriegsschiff „Pieramosta“ wurden gelandet.

Telegramm des deutschen Geschäftsträgers.

Eine Extra-Ausgabe der Wiener „Politischen Korrespondenz“ meldet: An die chinesische Gesandtschaft in Berlin ist ein vom 9. August datiertes Telegramm des deutschen Geschäftsträgers in Peking, von Below, gelangt, welches auf Bitte des österreichisch-ungarischen Geschäftsträgers von Hofland auch zur Kenntnis der sibirisch-ungarischen Regierung gebracht wurde. Der Inhalt des Telegramms ist folgender:

Li-Hung-Tschang ist, wie uns mitgeteilt wird, befohlenmäßig und angewiesen, mit den Vertragsmächten telegraphisch zu verhandeln. Die übereinstimmende Auffassung der fremden Vertreter ist

Weling geht dahin, daß dadurch ein schnelles Vorrücken der Entsatzgruppen auf Peking in keiner Weise verzögert werden sollte, denn hierin allein liege die Möglichkeit, die hier eingeschlossenen Ausländer aus einer Lage zu befreien, welche durch den Mangel an Lebensmitteln und das Auftreten von Krankheiten täglich kritischer werde. Reis, Mehl und Pferdefleisch sind höchstens noch für 14 Tage vorhanden. Im übrigen ist die Lage seit dem 15. Juli unverändert. Wir sind noch wie vor von Truppen eingeschlossen, welche von Zeit zu Zeit ein intensives Gewehrfeuer auf unsere Stellungen abgeben und Verluste verursachen. Ueber das Vorrücken von Entsatzgruppen haben wir keine Nachricht.

Die Russen im Norden.

Dem russischen Generalstab in Petersburg sind am 16. August folgende Nachrichten zugegangen: Die Kavallerie-Kolonnen des Generals Neunenlamp erreichte am 7. August das Dorf Gjur, am 8. August Elschon und am 9. August Sanjshan und holte den Feind ein, der sich mit 4000 Mann Infanterie, 5000 Mann Kavallerie und 12 Geschützen in fester Position befand. General Neunenlamp griff den Feind mit zwei Schwadronen und zwei Geschützen in der Front und mit zweieinhalb Schwadronen auf der rechten Flanke an und umging dessen Artilleriegarde. Die Chinesen verteidigten sich lange im Centrum und gingen in die Offensive über gegen die sie umgebende Kolonne, gerade in der Mitte zwischen den geteilten Abteilungen, und zwangen sie vorübergehend, ihre Position zu ändern. Durch die Attacke der Infanterie des Centrums wurden aber dann die Chinesen gezwungen, sich auf ihre Position zurückzuziehen. Gleichzeitig zwangen die beiden russischen Geschütze die zwölf feindlichen Geschütze, von denen zwei demontiert wurden, zum Rückzuge. Alles dieses zwang den so bedeutend überlegenen Feind, seine Position endlich zu räumen.

Zwistigkeiten der Mächte in Shanghai.

Die Engländer wollten in Shanghai Truppen landen. Da aber auch die Vertreter der andern Mächte Truppenlandungen in Aussicht stellten, hat die englische Regierung die Landung ihrer Truppen zurückgezogen. Die ausländische Bevölkerung in Shanghai ist infolge dessen in großer Besorgnis, weil ihnen nun jeder Schutz fehlt.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 16. August.

Christliche Kultur.

In dem gestern von uns citierten Artikel der „Neuen Vorpommerschen Zeitung“, eines Centrumsblatts, finden sich noch weitere beachtliche Bemerkungen über die Schuld der Missionen an der Schirmung des Fremdenhasses in China. Der sachkundige Gewährsmann sagt:

„Es ist bei der Sache nur ein großer Fehler, nämlich die Schuld dieser ehrwürdigen Leute, Proselyten zu machen, und daß sie für nichts mehr Augen haben, wenn es gilt, für das Christentum eine Seele zu retten. Es ist für einen Chinesen eine sehr große Schande, die Religion seiner Väter zu verlassen. . . . Dasjenige, was in den Augen aller Bewußten bis herab zum gemeinen Volke unverzeihlich erscheint, ist das Verlassen der von Confucius vorgeschriebenen Moral. . . . Das Aufgeben der Berechnung der Ahnen ist für einen Chinesen gleichbedeutend mit dem Verlassen aller Moral und mit der Auflösung aller Bande, die den Einzelnen an die Familie und den Staat binden. Die natürliche Folge ist, daß sich in den Städten und Dörfern, wo „Bekehrte“ sind, zwei Gemeinden bilden. Die eine, die sehr zahlreich ist, besteht aus den Anhängern der Staatsreligion, die vom Staat geschützt wird; die andre aus einer kleinen Anzahl von verbitterten „Bekehrten“, die unter dem Schutze der Missionare stehen, und dieser Schutz wird sehr häufig mißbraucht, wodurch dann der eingeborene „Christ“ oft mit Unrecht durch die Hilfe von Missionaren und Bischöfen einen Sieg über die Heiden erlangt. Als die Missionare während der letzten Jahre infolge der den Chinesen aufgewungenen Verträge mit andern Nationen eine so große Macht erlangten, wie sie sonst nur eingeborenen Beamten zukam, war dies ein neuer Triumph für die chinesischen „Christen“, deren Umarmung den allgemeinen Unwillen bald in einem solchen Grade erregte, daß öffentliche Krawalle entstanden. Die Christen wurden immer mehr übermüht und herabgerückt, und es fanden sich eine Menge Anhänger aus den schlechtesten Kreisen ein, die in dem neuen Glauben Straflosigkeit für ihre Verbrechen und in dem Schutze der Missionare Sicherheit gegen die Staatsgewalt zu finden glaubten.“

Diese Schilderung muß als durchaus wahrheitsgetreu gelten, da sie von einem angesehenen Freunde der Missionstätigkeit herrührt.

Die Schuld der Missionen wird auch bestätigt durch den Sekretär der japanischen Gesandtschaft in Peking, Kalajima, der vor Ausbruch der Unruhen Peking verließ und, wie wir der Zeitschrift „Ost-Asien“ entnehmen, vom 20. Juni aus Tokio in einer Darstellung der aufständischen Bewegung folgendes berichtet:

„Der Haupthaß der Vögel richtet sich gegen die Katholiken, und zwar aus folgenden Gründen:

Wenn irgend ein Strolch oder Verbrecher in eine katholische Kirche geht und die Priester im Schutze anfleht, so wird ihm derselbe gewährt. Es ist dann sicher, daß er recht behält, weil alles Unrecht durch die katholischen Missionare in Recht verwandelt wird.

Diese Thatsache hat bei den Vögeln einen unauslöschlichen Haß gegen die Christen hervorgerufen und infolgedessen wurden katholische Kirchen angezündet und Missionare ermordet. Aus diesem Haß gegen die Christen entstand allmählich ein solcher gegen die Fremden überhaupt. In Friedenszeiten sind die Vögel ein gutes Volk, doch erheben sie sich bei jedem Anlaß, und wenn man sie unterdrücken will, muß man den größten Teil des Volkes vernichten.“

Dies Zeugnis zu den zahllosen andern, die wir bereits angeführt haben, schließt jeden Zweifel daran, daß wir, die Kulturträger, die Verkünder der Nächstenliebe, die wirklichen Urheber der chinesischen Unruhen sind, aus. Die christliche Bekehrungslust, hinter der sich tausend unehrliche und ausbeuterische Absichten verbergen, hat ein friedliches Volk in wilde Erregung getrieben und den Fremdenhaß entzündet.

Der Schlußsatz des Japaners ist überaus lehrreich für diejenigen, welche noch lernen können.

Die Opfer der Weltpolitik.

Der chinesische Feldzug hat einen Teil des deutschen Volks in einen Taumel der Begeisterung verlegt. Den Waffen-, Munitions- und Panzerplatten-Fabrikanten, den Werftbesitzern und Reedern und der erlesenen Schar der Aktionäre an diesen Unternehmungen schlägt das Herz bis zum Hals hinauf bei dem Gedanken an den Profit und die Dividenden, die der chinesische Kreuzzug für sie abwerfen wird. Die Herren Offiziere, die ja nicht alle das Glück haben, als Helden der Garderegimenter dem Leben der Berliner Gesellschaft Farbe und Schwung zu verleihen, sehen alle Schrauben ihres militärischen Ehrgeizes geöffnet und als Anerkennung ihrer der schlagartigen Kanaille gegenüber bewiesenen Verdienste einen fabelhaften Ordensregen auf sich niedersehen. Der Unteroffizier greift freudig danach, die graue Eintönigkeit

des Rekrutenriffs mit dem wechselläufigen Kriegsspiel auf dem fernem romantischen Kriegsschauplatz zu vertauschen. Und selbst der Sohn des Kämers, dem die Eingelöbnung in den bunten Rock manches Kraftwort seines Vorgesetzten eingetragen und manche heimliche Thräne entlockt hat, ist in getoxtamer Entschlossenheit vor die Front getreten: wer weiß, ob er nicht draußen im fernem Osten noch sein Glück machen kann, während er so als Bauerntochter hinter dem Pflug gehen muß.

Hätten sich der Unteroffizier und der auf einen unerhörten Glücksfall hoffende Kämerer Sohn freilich erst klar gemacht, welche unsäglichen Strapazen, welche Gefahren von dem Feinde und dem widerlichen Klima ihrer harten könnten, und worin der Lohn des Vaterlands für ihre geleisteten Dienste besteht, so hätte sich mancher von ihnen wahrscheinlich erst zweimal besonnen. Die letzten Kriege liegen bereits um ein Menschenalter zurück, und die Klagen der so glänzend entschädigten Kriegsinvaliden bringen zu selten an die Öffentlichkeit, als daß sie die blindlings auf ihr Soldatenglied Vertrauenden hätten zur nächstern Besinnung mahnen können.

Und doch ist das Los der Opfer des Kriegs ein unsagbar elendes. Selbst die Opfer vom Kriegsschauplatz der Arbeit erhalten zum Teil eine höhere Entschädigung. Hier die Pensionen, die den Opfern des Chinesenkriegs in Aussicht stehen:

- Es beträgt die Pension:
1. Klasse: Für Feldwebel 42 M., für Sergeanten 36, für Unteroffiziere 33, für Gemeine 30.
 2. Klasse: Für Feldwebel 33 M., für Sergeanten 27, für Unteroffiziere 24, für Gemeine 21.
 3. Klasse: Für Feldwebel 27 M., für Sergeanten 21, für Unteroffiziere 18, für Gemeine 15.
 4. Klasse: Für Feldwebel 21 M., für Sergeanten 15, für Unteroffiziere 12, für Gemeine 9.
 5. Klasse: Für Feldwebel 15 M., für Sergeanten 12, für Unteroffiziere 9, für Gemeine 6 M. monatlich.

Die Pension 1. Klasse wird gewährt den Ganzinvaliden, welche gänzlich erwerbsunfähig geworden sind und ohne fremde Wartung und Pflege nicht bestehen können. Die Pension 2. Klasse wird gewährt den Ganzinvaliden, welche gänzlich erwerbsunfähig geworden sind, aber ohne fremde Pflege und Wartung bestehen können. Die Pension 3. Klasse wird gewährt den Ganzinvaliden, welche größtenteils erwerbsunfähig sind. Die Pension 4. Klasse wird gewährt den Ganzinvaliden, welche teilweise erwerbsunfähig sind. Die Pension 5. Klasse wird gewährt den Ganzinvaliden, welche zu jedem Militärdienst untüchtig geworden sind, sowie den Halbinvaliden, welche zum Feld- und Seesdienst untüchtig geworden sind.

Außerdem werden Verstümmelungszulagen gewährt, und zwar von 18 M. monatlich beim Verlust einer Hand, eines Fußes, eines Auges bei nicht völliger Gebrauchsfähigkeit des andern Auges, beim Verlust der Sprache. Die Zulage wird auch gewährt bei einer dem Verlust gleichkommenden Störung der Bewegungsfähigkeit einer Hand, eines Armes oder eines Fußes sowie bei solchen schweren Schäden an wichtigen Körperteilen, welche in ihren Folgen für die Erwerbsfähigkeit einer Verstümmelung gleich zu achten sind.

Die Hinterbliebenen der im Krieg gefallenen oder an den erlittenen Verwundungen während des Kriegs oder später Verstorbenen, sowie auch derjenigen Personen, welche im Lauf des Kriegs erkrankt oder beschädigt und infolgedessen vor Ablauf eines Jahres nach dem Friedensschlusse verstorben sind, erhalten Witwen- bezw. Waisengeld. Es erhalten die Witwen der Feldwebel 27 M., die der Sergeanten und Unteroffiziere 21 M. und die der Gemeinen 15 M. monatlich. Für jedes Kind wird bis zum vollendeten fünfzehnten Lebensjahre eine Erziehungsbeihilfe von 10,50 M. und, wenn das Kind auch mütterlos ist, eine solche von 15 M. monatlich gewährt.

Eine Beihilfe von 10,50 M. erhält auch der hinterbliebene Vater oder Großvater und die hinterbliebene Mutter oder Großmutter, sofern der Verstorbene der einzige Ernährer war, und so lange die Hilfsbedürftigkeit dauert.

Also ein Feldwebel, der derart zum Ganzinvaliden und Krüppel geworden ist, daß er zu seiner Wartung und Pflege der fremden Hilfe bedarf, erhält vom „dankbaren Vaterland“, in dessen Dienst er zur hilflosen menschlichen Ruine geworden, sage und schreibe 60 M., nämlich 42 M. Pension und 18 M. Verstümmelungszulage. Der Gemeine gar erhält 48 M., 1,60 M. pro Tag! und der glückliche Unglückliche, der zwar einen dauernden Defekt an seiner Gesundheit erlitten und damit auch einen wesentlichen Teil seiner Erwerbsfähigkeit eingebüßt hat, wird, wenn er Feldwebelrang befehlen, mit 15 M., wenn er nur Gemeiner gewesen, mit 6 M. monatlich, also mit 50 resp. 20 Pfennig pro Tag abgespeist.

Hoffentlich gelangen die jugendlichen Abenteuerer überhaupt nicht in die chinesische Gefechtslinie und bleiben bewahrt, die Dankbarkeit des Vaterlands am verstümmelten Leibe zu erlernen.

Deutsches Reich.

Der internationale Kapitalismus spendet seine Gaben allen Nationen ohne Wahl. Kapitän Laus, der bei Erstürmung der Takaforsis verwundete Kommandeur der „Jluis“ schreibt in einer Schilderung jenes Gefechts, die jetzt seine Verwandten erhielten:

„17 Schrottreffer an Granaten (12–24 Centimeter Kaliber) haben wir bekommen, von denen die bei weitem größere Zahl im Schiff fixiert ist und hier leider so viele meiner braven Leute getötet oder verwundet hat. Und welcher Lohn! Alle feindlichen Geschütze und Geschosse kommen aus unserer Heimat; es sind alles moderne Schnellladefanous von Krupp.“

Das Organ des Herrn Krupp, das die Spitze in der weltpolitischen Propaganda hat und täglich zu neuen überseeischen Erwerbungen, Pachtungen, Eroberungen aufruft, hütet sich, die Worte des Kapitäns mitzuteilen. Es veröffentlicht die ganze Gefechts-Schilderung, nur den Satz nicht, der seine Weltpolitik in ihrer nackten Gemeinheit entblößt.

Wenn auch deutsche Soldaten nach den Kämpfen um die Takaforsis und bei Tientsin nicht in weitere Gefechte verwickelt worden sind, so ist doch interessant, einiges Näheres über den Waffenbezug Chinas aus Deutschland zu erfahren. Aus der soeben erschienenen amtlichen Zusammenstellung über den Handel mit China in den Jahren 1897 bis 1899 ersieht man, daß die Ausfuhr von Kriegsbedarf nach China im Jahre 1899 gegenüber dem vorausgegangenen Jahre um gemein stark gestiegen ist, ein Zeichen für den Eifer, mit dem die Rüstungen getrieben worden sind. An Kriegsgewehren sind im Jahre 1899 aus Deutschland nach China gegangen 3085 Doppelcentner im Werte von 4 362 000 M., gegen 1035 Doppelcentner im Werte 1 443 000 M. im Jahre 1898. Die Ausfuhr hat sich also verdreifacht. An Schießpulver bezog China aus Deutschland 2940 Doppelcentner im Werte von 852 000 M., wogegen im Jahre 1898 dorthin nur 2442 Doppelcentner im Werte von 513 000 M. gingen. Ferner läßt die starke Ausfuhr von Salpeter, die von 3485 Doppelcentner im Werte von 127 000 M. auf 7461 Doppelcentner und 272 000 M. gestiegen ist, darauf schließen, daß auch in China selbst die Pulverfabrikation in verstärktem Umfange betrieben worden ist. Artilleriezulagen und Patronen mit Kupferhülzen sowie

Panzerhülzen wurden 8438 Doppelcentner im Werte von 2 531 000 M. nach China ausgeführt gegen 5406 Doppelcentner und 1 460 000 M. im Jahre 1898. Geschosse aus Eisen oder vernickelt mit Bleimanteln gingen aus 2236 Doppelcentner im Werte von 377 000 M., während China im Jahre 1898 nur 3 Doppelcentner bezog. Auch unter den „nicht besonders genannten“ groben Eisenwaren, deren Ausfuhr nach China von 12 094 auf 14 454 Doppelcentner und von 871 000 M. auf 1 156 000 M. gestiegen ist, mögen sich noch manche Kriegsbedarfartikel befinden. Die Ausfuhr von Kanonenrohren nach China betrug nach der deutschen Statistik 61 Doppelcentner im Werte von 28 000 M. gegen 32 Doppelcentner und 14 000 M. im Jahre 1898, hat sich also verdoppelt, ist aber doch so auffällig niedrig, daß nur anzunehmen ist, der größte Teil der deutschen Kanonenausfuhr nach China sei über fremde Länder gegangen. Im ganzen hatte die vordienste als sicher nachgewiesene Ausfuhr von Kriegsmaterial aus Deutschland nach China einen Wert von 8 150 000 M. gegen 3 480 000 M. im Jahre 1898, so daß eine sehr starke Steigerung stattgefunden hat.

Der Krupp und seine Mitpatrioten wissen, warum sie sich für die Weltpolitik begeistern.

Polizeiverordnungen gegen das Reichsrecht auszuspielen, um dadurch der Arbeiterklasse die Ausübung des durch die Reichs-Gewerbe-Ordnung garantierten Koalitionsrechts unmöglich zu machen, empfiehlt Herr Schweinburg in der „Berl. Pol. Corr.“:

„Bereits bei Besprechung der von der freien und Hansestadt Lübeck gegen das Streikpostenwesen erlassenen Verordnung ist von uns darauf hingewiesen worden, daß die Gerichte ältere Polizeiverordnungen für rechtsbeständig erachten, in denen aus Gründen der öffentlichen Ordnung, namentlich des öffentlichen Verkehrs die Nichtbefolgung polizeilicher Anweisungen, das Streikpostenwesen zu unterlassen, mit Strafe bedroht wird. Keine richterliche Entscheidungen lassen aber auch keinen Zweifel darüber, daß jetzt noch der Erlaß von Polizeiverordnungen ähnlichen Inhalts mit dem Reichsrecht völlig vereinbar ist. So haben das Schöffengericht und auf Berufung auch die Straflammer des Landgerichts polizeiliche Strafmandate aufrechterhalten, welche auf Grund einer am 26. März d. J. vom Regierungspräsidenten in Düsseldorf erlassenen Polizeiverordnung gegen Arbeiter in Arefeld aus dem Grunde erlassen worden, weil diese der Aufforderung der Polizeibehörde, ihren Streikposten zu verlassen, nicht nachgekommen waren. Es erhebt sich aus diesen neuesten gerichtlichen Urteilen, daß das Verbot des Streikpostenwesens in solchen Fällen durchaus zulässig ist, in denen ein solches mit den von der Polizei wahrzunehmenden Rücksichten der öffentlichen Ordnung, Sicherheit und Ruhe nicht vereinbar ist und daß Polizei-Verordnungen, welche in diesem Rahmen sich gegen das Streikpostenwesen richten, durchaus rechtsbeständig sind. Es ist also auch deutlich der Weg erkennbar, auf welchem durch Polizeiverordnungen der Arbeitswilligen weitestgehend bedingungsweise derjenige Schutz gegen Vergewaltigungen gewährt werden kann, welchen die verübten Regierung für notwendig erachtet, aber im Wege der Reichs-gesetzgebung bedauerlicherweise nicht zu erreichen vermöchten.“

Die neue Rede von den „Vaterlandlosen Gesellen“ hat anscheinend die Hoffnungen der Scharfmacher geschwächt. Ob die Gerichte den ihnen von Schweinburg so deutlich gewiesenen Weg wandeln werden? —

Deutschlands Außenhandel im Jahre 1899. Vom Kaiserlichen Statistischen Amt sind wiederum einige Hefte des den Jahreshandel von 1899 darstellenden Bandes erschienen, aus denen einige Zahlen wiedergegeben seien.

Im Specialhandel mit Britisch-Ostindien hat 1899 betragen die Einfuhr 200,5 Millionen Mark und die Ausfuhr 65,8 Millionen Mark. Die Zunahme gegen 1898 beträgt in der Einfuhr 4,4 Proz., in der Ausfuhr 14,4 Proz.

Diese beträchtliche Steigerung des deutschen Exports nach der größten britischen Kolonie beweist aufs neue, wie überflüssig für die Expansion des Handels und der Industrie die Erwerbung eigener Kolonien ist.

Eine Steigerung der Ausfuhr ist auch zu konstatieren in dem Handelsverkehr mit Chile, Paraguay, Uruguay, Brasilien und Peru. Nachstehend die genauen Zahlen:

Im Specialhandel mit Argentinien hat 1899 betragen die Einfuhr 194,5 Millionen Mark (ohne Edelmetalle 194,4 Millionen Mark), die Ausfuhr 52,3 Millionen Mark (mit und ohne Edelmetalle). Zunahme gegen 1898 ohne Edelmetalle in der Einfuhr 35,8 Proz., in der Ausfuhr 22,5 Proz.

Im Specialhandel mit Chile hat 1899 betragen die Einfuhr 93,4 Millionen Mark (ohne Edelmetalle 89 Millionen Mark), die Ausfuhr 28,1 Millionen Mark (mit und ohne Edelmetalle). Einfuhrzunahme gegen 1898 12,5 Proz., Ausfuhrzunahme 38,4 Proz.

Im Specialhandel mit Paraguay hat 1899 betragen die Einfuhr 327 000 M., die Ausfuhr 255 000 M. Beide sind gegen 1898 (mit 390 000 M. Einfuhr und 251 000 M. Ausfuhr) zurückgegangen.

Im Specialhandel mit Uruguay hat 1899 betragen die Einfuhr 19,1 Millionen Mark gegen 10,3 Millionen im Vorjahre, die Ausfuhr 10,4 Millionen Mark gegen 8,4 Millionen Mark im Vorjahre. Zunahme der Einfuhr 27,2 Proz., der Ausfuhr 23,3 Proz.

Im Specialhandel mit Brasilien hat 1899 betragen die Einfuhr 91 Millionen Mark gegen 104,6 Millionen Mark im Vorjahre die Ausfuhr 46,5 Millionen Mark gegen 45,2 Millionen Mark im Vorjahre.

Im Specialhandel mit Peru hat 1899 betragen die Einfuhr 4,1 Millionen Mark gegen 4 Millionen Mark im Vorjahre, die Ausfuhr 7,7 Millionen Mark gegen 6,8 Millionen Mark im Vorjahre. Zunahme der Einfuhr 4,1 Proz., der Ausfuhr 12,9 Proz.

Weniger günstig hat sich der Handel mit China entwickelt, dessen Einfuhr nach Deutschland gesunken ist und dessen Import aus Deutschland wahrscheinlich nur durch die Sendungen nach unserem „Play an der Sonne“ um ein geringes gestiegen ist.

Im Specialhandel mit China hat 1899 betragen die Einfuhr 29,0 Millionen Mark (ohne Edelmetalle 21,8 Millionen Mark) und die Ausfuhr 50,6 Millionen Mark (mit und ohne Edelmetalle). Die Einfuhr ist gegen das Vorjahr um 10,5 Millionen Mark, gegen 1897 um 28,5 Millionen Mark, hauptsächlich wegen des Ausfalls von Gold (1897: 29,5 1898: 17,8, 1899: 7,7 Millionen Mark) und Wundschäden, zurückgegangen, während die Ausfuhr um 2,6 Millionen Mark gestiegen ist. An der von der chinesischen Handelsstatistik festgestellten erheblichen Zunahme des Außenhandels ist also Deutschlands unmittelbarer Handel mit China wenig beteiligt.

Infolge des chinesischen Krieges werden sich die Handelsbeziehungen mit China für die nächsten Jahre begrifflicherweise noch viel ungünstiger gestalten — auch ein Erfolg der Weltpolitik. Gefallen ist Deutschlands Ausfuhr nach Japan.

Im Specialhandel mit Japan hat nämlich 1899 die Einfuhr 16,5 und die Ausfuhr 40,9 Millionen Mark betragen. Erstere hat um 6,2 Millionen Mark zugenommen, während letztere wegen der seit 1899 eingeführten japanischen Zollserhöhungen um 2,1 Millionen Mark gefallen ist.

Daß dieser handelspolitische Mißerfolg Deutschlands ungeachtet auswärtiger Politik gelegentlich des chinesisch-japanischen Kriegs zuzuschreiben ist, ist von uns wiederholt nachgewiesen worden.

Der kühne Vorkühner. Durch die thymianernde Presse läuft noch eine Erinnerung an die Denkmalsweihe auf dem Sparenberg, die auch wir unsern Lesern nicht vorenthalten wollen. Es wird da in dem so sympathischen Stil biederer Einsicht, den namentlich theologische Traktatenschreiber so raffiniert auszubilden verstanden haben, geschrieben:

„Die tausend Münden - Ravensberger Vorkühnerblätter, welche von dem Kaiser ausdrücklich zur Denkmalsweihe auf dem Sparenberg gewünscht waren, durften die große Freude erleben, daß der Kaiser zum Schluß der Feier in ihre Reihen mitten hineinritt. Sobald der Kaiser unter dem Thorweg sichtbar wurde, hörte er

den Ruf des Leiters der Hofkapelle (Pastor Kublo): „Der beste Landesherr von der Welt, Kaiser Wilhelm, soll leben!“ nahm huldvoll lächelnd das erbauliche Hoch entgegen und forderte freundlich auf: „Kun bläst mir ein!“ Auf die Frage: „Was sollen wir blasen, Majestät?“ hieß es: „Was Ihr wollt!“ worauf der Dirigent: „Nr. 100.“ „Wer überwindet, bekommt Gewalt, mit Christo zu regieren, mit Macht die Völker manigfaltig nach Gottes Rat zu führen.“ Hierauf fragte Pastor Kublo: — „Erlauben Sie, Majestät, daß die vorderen Reihen niederfallen, damit die hinteren Reihen Sie, Majestät auch deutlich sehen können?“ Worauf der Kaiser mit huldvoller Handbewegung: „Ja wohl, nieder!“ Darauf fielen die ersten Reihen auf die Knie. Ein neues Hoch wurde mit lächelndem Gruß freundlich angenommen, und auf die Worte: „Kun bläst mir ein!“ stand alles wieder da. Auf die Frage: „Jesus, meine Zuversicht?“ kam die Antwort: „Ja wohl, Jesus meine Zuversicht.“

Sie hatten ihre Sache wieder gut gemacht, die Draven! Unter dem Thorweg hörte man Se. Majestät zu einem seiner Generale sagen: „Es klingt doch wirklich prächtig! Diese gewaltigen tiefen Töne...“ Die Wälder aber, diese Gottessüchtigen und darum bis in das innerste Mark der Knochen königstreuen Männer aus dem Volk bekannnten nachher neuer Begeisterung voll: „Wir Deutschen haben so viel guten und frommen Kaiser gar nicht verdient. Wir müssen fleißiger Gott dafür danken und hinfert treulicher die heilige Pflicht der Fürbitte üben!“

Selbst die Rheinisch-Westfälische Zeitung findet die Episode „wunderbar“.

Nicht freiwillig, sondern kommandiert? Das Volksblatt für Hessen und Waldeck ist in der Lage, die Postkarte eines an der China-Expedition teilnehmenden Soldaten zu veröffentlichen, die derselbe an seinen auswärts wohnenden Bruder geschrieben hat. Die Karte, die, wie aus dem mit Bleistift hingeworfenen Jügen ersichtlich, entweder in höchster Eile oder in großer seelischer Erregung geschrieben worden ist, hat folgenden Wortlaut:

Cassel, den 14. 7. 1900.

Lieber Bruder,

Ich werde morgen schon nach China abfahren. Ich habe mich nicht freiwillig gemeldet, sondern ich bin kommandiert worden. Unser Kasseler Bruderorgan bemerkt zu der Karte: „Natürlich entzieht es sich unserer Kontrolle, ob diese Mitteilung auf Wahrheit beruht oder nicht. Auch wissen wir nicht, ob es sich hierbei zutreffendfalls lediglich um einen Einzelfall handelt oder ob das hier Behauptete auch auf die übrigen Kameraden des jungen Soldaten zutrifft. Nicht nur uns, sondern auch der betreffenden Militärbehörde dürfte an der zweifelhaften Vorlegung der Thatfachen etwas gelegen sein. In diesem Zweck teilen wir auch mit, bei welchem Truppenteil der Schreiber gestanden hat. Es handelt sich um einen Kombattanten des 167. Regiments in Kasel.“

Der Mordkrieg und die Pestgefahr. Eine nicht unbegründete Warnung läßt die „Leipz. Ztg.“ vernehmen:

Die Pestgefahr von China her kann nicht ernstlich genug ins Auge gefaßt werden. Die meiste Veranlassung dazu haben wohl die Vereinigten Staaten, aber in Europa sollte man sich ganz ebenso in acht nehmen. Die Gefahr ist eine doppelte: erstens machen die chinesischen Anruhen, der Zusammenlauf oder die Zusammenziehung großer Menschenmengen zu Heeren eine Weiterverbreitung der in China stellenweise niemals erlöschenden Krankheit möglich und fast wahrscheinlich, zweitens ist die Uebertragung auf Europa durch die Entsendung von Truppen nach China wesentlich erleichtert worden. Es darf nie vergessen werden, daß die Pest besonders in den südwestlichen Provinzen, namentlich in Hännan stetig haufen soll, und daß in Hongkong, diesem von allen Schiffen angefahrenen Plaz, die Krankheit seit dem Frühling des Jahres 1895 aufgetreten und noch immer nicht vertrieben ist. Zuweilen kam allerdings die Nachricht, Hongkong wäre wieder pestfrei, die Zuversicht hat sich aber immer wieder als trügerisch erwiesen. Der Bezirk von Kanton auf dem chinesischen Festlande, Hongkong gegenüber, ist ebenfalls von der Pest verheert. Im portugiesischen Hafen Macao ereigneten sich noch im April 1900, im Mai fast 200 und im Juni ebensoviele Todesfälle an der Pest. Auf der Insel Formosa starben in den letzten Monaten 300 Menschen daran. Es liegt demnach keine Uebertreibung in der Behauptung, daß bis zur Beendigung der gegenwärtigen chinesischen Wirren die Samen zu einer ersten Pestepidemie ausgebreitet sein können, vorder sich auch Europa keineswegs sicher fühlen darf. In dieser Hinsicht mag das Ereignis eines Pestalles in Hamburg immerhin als ein Warnungssignal angesehen werden, das auf eine größere Gefahr von Ostasien her hindeutet. Die Pestepidemien der letzten Jahre haben die so lange festgehaltene Meinung, daß die Krankheit nur den Einwohnern der östlichen Länder verhängnisvoll werden könne, zu nichte gemacht, denn die Epidemie in Oporto, so geringfügig sie in ihrem ganzen Verlauf erschienen sein mag, hat sich doch über lange Monate hinweggezogen und ist vielleicht noch jetzt nicht gänzlich erloschen, wodurch jedenfalls der Beweis geliefert ist, daß die Seuche sich auch bei den Europäern häuslich einzurichten nicht abgeneigt und nicht unfähig sein würde. Nimmt man dazu das Erscheinen der Pest in Brasilien, Argentinien, in den Pazemarien von Australien, auf den Philippinen, auf den Salawai-Inseln, in der Delagoabai und Mauritius, ferner in Aden, Port Said, Alexandria, endlich vielleicht schon in der Türkei, so kann man wahrnehmen, daß der Same der Krankheit schon ziemlich weit ausgefäet ist.

Es wäre in der That ein tragisches Geschick, wenn die Völker Europas das chinesische Abenteuer durch eine Verschleppung jener unheimlichen Krankheit hüten sollten, die sich als eine noch fürchterlichere Geißel der Menschheit erwiesen hat, als selbst die Cholera und Dschingiskan.

Die Sehnsucht nach Auswandererkolonien. die durch plumpe Agitation unlängst erst wegen Brasilien eine Verminderung der Vereinigten Staaten hervorgerufen hatte, kommt in dem rheinisch-westfälischen Schlotjunler-Organ aufs neue zum Durchbruch. Das Blatt hilft an die steigende Zahl der über deutsche Häfen Auswandernden — über Hamburg und Bremen wanderten in den ersten sieben Monaten des Jahres 1900 128 842 Personen aus, gegenüber 92 188 Personen in dem entsprechenden Zeitraum des Vorjahres — die Forderung, daß Deutschland endlich einmal eine wirkliche Auswandererpolitik organisiere.

Die ungeheure Ausbreitung der angelsächsischen Rasse, die nicht ohne Verschulden unserer früheren nationalen Herrschaft ihr heute einen so gewaltigen Vorsprung vor der deutschen giebt, sollte uns veranlassen, jene Verläumdungen endlich heute, wo wir dazu in der Lage sind, durch eine wirkliche Auswandererpolitik nachzuholen!

Das Blatt sagt freilich nicht, was es unter einer wirklichen Auswandererpolitik versteht. Daß der Strom der Auswanderung in vorhandene deutsche Kolonien gelenkt werde, kann es nicht meinen, denn hierfür geeignete deutsche Kolonien giebt es bekanntlich nicht. Es kämen also nur solche Länder in Betracht, die entweder bereits den Kolonialbesitz anderer Staaten bilden, zum Beispiel Kanada, oder selbständige Staatstheile darstellen, zum Beispiel Brasilien. Vermutlich soll also die deutsche Regierung zunächst einmal dafür sorgen, daß in diesen Ländern deutsche Enclaves gebildet werden, die dann gelegentlich fester noch als durch Sprache und nationales Empfinden „an das heimische deutsche Reich angegliedert“ werden können. Daß fremde Staaten die Bildung derartiger Staaten im Staate zu verhindern suchen werden, ist nur natürlich, wie denn auch Brasilien bereits das deutsche Element zu dislocieren sucht. Derartige nationale Utopistereien können also nur dazu führen, gegen die auswandernden Deutschen Mißtrauen zu erwecken und Deutschland im Ausland Feinde zu erwerben.

Die Neubewaffnung der Armee mit dem neuen Gewehr. mit dem bereits das sinesische Expeditionskorps ausgerüstet worden ist, steht also wirklich für die aller nächste Zeit bevor! Die „Rhein.-Westf. Ztg.“ läßt sich telegraphieren:

„Mit dem neuen Gewehr Modell 98 sollen dem Vernehmen nach zum Oktober sämtliche Garde-Infanterie-Regimenter ausgerüstet werden. Das neue Gewehr wird in der Weise in der ganzen Armee eingeführt werden, daß es als Ersatz des alten gegeben wird, wo dieses durch den Gebrauch hinreichend abgenutzt ist.“

Da es natürlich nicht angeht, daß nur die Garde mit dem neuen Gewehr ausgerüstet wird, während sich die übrige Armee mit einer minderwertigen Waffe begnügt, wird die Ausgabe des Gewehrs Modell 98 an die gesamte Armee schwerlich lange Zeit auf sich warten lassen. Das kostet dann wieder einigte Tausend Millionen. Vor einem Jahrzehnt noch bildete ein derartiger Extratribut für den Militarismus ein vielbesprochenes politisches Ereignis; heute freilich, zur Zeit der Milliardenbewilligungen und des Weltmachttrauges, regt sich der deutsche Epiehbürger über eine solche Lappalie nicht mehr auf.

Zu dem Fall Jörn schreibt die „Königsberger Hartungische Zeitung“:

„Wir erfahren, daß auch in hiesigen Universitätskreisen erzählt wird, die Stelle in Bonn für die Herr Professor Jörn berufen ist. Ich nicht valant. Im übrigen ist Herr Professor Jörn in der That zum Lehrer des Kronprinzigen bestimmt und geht zum 1. Oktober nach Bonn. Daß man dort von der Berufung des Herrn Professors Jörn nicht sehr erbaunt gewesen ist, wird auch nicht bestreitet.“

Es ist natürlich auch das gute Recht säkularer Eltern, ihren Kindern diejenige wissenschaftliche Ausbildung zu geben, die ihrem Geschmach und ihren Mitteln entspricht. Ist es aber nötig, einen neuen Lehrstuhl zu schaffen und einer Unterthan einen Lehrer aufzudrängen, wo private Vorlesungen vollständig genügen? —

Die Bestialität des Kriegs.

Der „Frankf. Ztg.“ wird aus New York berichtet: Mehrere Amerikaner, die auf dem Soeben angekommenen Bundes-Transportdampfer „Logan“ aus China in San Francisco eingetroffen sind, berichten über schreckliche Ausschreitungen der verbündeten Truppen, namentlich der Russen, sobald die Feindin genommen war. Professor O. D. Clifford von der Kaiserlichen Universität in diesem Orte sagte: „Sobald die Chinesen in die Stadt eindrangen, begannen sie ihre Plünderungswelt. Die Russen waren die ersten, welche sich daran machten. Ich sah mit meinen eignen Augen, wie acht alte und gebrechliche Chinesen mit kaltem Blut niedergestochen wurden. Die Russen stahlen alles, was sie erlangen konnten, auch in der Fremden-Niederlassung.“ Frau E. S. Drew, die Gattin des britischen Zoll-Kommissars in Tientsin, welche ebenfalls auf der „Logan“ eintraf, sagte: „Die Russen schlochten sogar die Kinder an der Mutterbrust ab, sie spielten die Säuglinge auf den Bajonetten auf, warfen sie dann hoch in die Luft, um sie wieder auf den Bajonetten aufzufangen. Viele Frauen und Kinder wurden in das Wasser getrieben, wo sie elendiglich ertranken... Die Chinesen würden wahrscheinlich nicht besser behandelt haben. Wie ich höre, hatten die Kommandeure der Verbündeten eine besondere Abteilung von zwanzig Mann damit beauftragt, alle weißen Frauen zu töten, sobald die Chinesen die Oberhand gewinnen würden und ein Entkommen nicht mehr möglich sei.“

Ausland.

Oestreich-Ungarn.

Zur parlamentarischen Krise. Die „Neue Freie Presse“ meldet: In parlamentarischen Kreisen taucht die Version auf, daß eine Umbildung des Kabinetts Rörder unter Heranziehung parlamentarischer Kräfte in Aussicht genommen sei.

Italien.

Den weltmachtspolitischen Taktik bearbeitet krampfhaft Herr Crispi, der aufeinander hofft, unter dem neuen Monarchen wieder die Rolle des italienischen Bismarck spielen zu können. Aus einer neuen weltpolitischen Rede seien folgende Stellen wiedergegeben:

Seit dem Jahre 1890 habe Italien 2 Milliarden 650 Millionen Lire für die Flotte ausgegeben. Aber die Vergrößerung des Budgets sei nicht proportionell und stetig gewesen. Die Flotte Italiens, die sich 1890 unter den Flotten der Mächte an dritter Stelle befand, sei auf die siebente herabgesunken. Jetzt könne Sizilien nicht ohne eine sehr zahlreiche und starke Flotte verteidigt werden. Man könne die sehr zahlreichen italienischen Kolonien im Auslande nicht schützen. Die ökonomische Zukunft Italiens lege schließlich die Pflicht auf, im äußersten Osten neue Abgabengebiete zu suchen. Der Artikel schließt mit dem Rufe, die Regierung möge für die Flotte Sorge tragen, da ein Verzicht auf eine proportionell sich vergrößernde Flotte soviel heiße, wie auf das einzige Mittel verzichten, von welchem Italien im Augenblick der Gefahr sein Heil erwarten könne.

Italien thäte gut, aus dem wirtschaftlichen Aufschwung, der dem weltpolitischen Zusammenbruch Spaniens auf dem Fuße gefolgt ist, eine naheliegende Lehre zu ziehen.

Sicherheitsmaßregeln für den neuen König.

Die Maßregeln für die Sicherheit der Person des Königs wurden wesentlich verschärft. Der Zugang zum Palast ist erschwert. Der König wird nur noch in Uniform und unter Eskorte von Leiblärmern ansfahren.

Die Inangriffnahme wirklicher sozialer Reformen würde dem neuen König einen sichereren Schutz gewähren, als die wachsamste Eskorte von Leiblärmern.

Türkei.

Amliche Darstellung des armenischen Zwischenfalls. Die „Agence de Constantinople“ ist von amtlicher türkischer Seite zu der Erklärung ermächtigt, daß die im Ausland verbreiteten Berichte über die Vorfälle in dem armenischen Dorf Spagan im Distrikt Sasun vielfach den Thatfachen widersprechen. Der Thatbestand sei vielmehr folgender gewesen: 16 Räuber haben sich in eine Kapelle geflüchtet und geweigert, den behördlichen Befehlen zu gehorchen. Sie wurden von den Truppen angegriffen und haben in dem entstandenen Kampfe den Tod gefunden.

Äfien.

Ueber die indische Hungernot läßt sich die „Köln. Volks-Ztg.“ vom 26. Juli aus Bombay berichten: „Der Notstand in dem größeren Teile unter Mission dauert fort, da der Regen durchaus ungenügend war und fast alles Jagdhies zu Grunde gegangen ist, so daß die Saatfelder nur zum geringsten Teil bestellt werden können. Falls nicht bald genügender Regen fällt, so schreiben die Missionare, wird der Notstand geradezu unbeschreiblich werden und Tausende und aber Tausende von Menschen werden der Hungernot zum Opfer fallen. Schon jetzt liegen Leichen und Gerippe von Verhungerten zu Dugenden auf den Wegen und Feldern in Ratschputana und Guzerat herum. Ich selbst sah auf einer neulichen Visitationstour eine Anzahl von Verhungerten und Verhungerten in der Nähe von Ahmedabad.“

Afrika.

Vom Boerenkrieg. Daß De Wet auch diesmal glücklich den Einschließungsmanövern der englischen Generale entkommen ist, scheint durch folgendes Telegramm bewiesen zu werden: London, 16. August. Das „Reutersche Bureau“ meldet aus Krugersdorp vom 15. d. Mts.: De Wet befindet sich jetzt, wie berichtet wird, jenseits von Ventersdorp und marschiert

gegen Norden, um Delarech die Hand zu reichen. Delarech steht in Rustenburg, Kitchener und die übrigen Generale folgen de Wet auf dem Fuße.

Denn die Engländer der gut berittenen Truppe de Wet nur auf dem Fuße folgen und keine Abteilung zur Hand haben, den Boerenkommandanten zu verhindern, Delarech die „Hand zu reichen“, so darf die ganze misbevoile Parforcejagd der Engländer auch diesmal als eine total erfolglose angesehen werden. Ueber die Operationen des Generals Buller liegt folgende Meldung vor:

London, 16. August. Die Truppen des Generals Buller sind in Tweselaar eingetroffen (20 Meilen südlich von Rustenburg) und stehen auf keinen wirklichen Widerstand. 800 Boeren mit 6 Geschützen befinden sich in der Nähe.

Das Studium der englischen Verlustlisten ergiebt, daß die Kämpfe der letzten Wochen für die Engländer mit außerordentlich großen Verlusten verbunden gewesen sind. Trotzdem Roberts nichts von neuen größeren Schlägen gemeldet hat und der von Boerenseite gemeldete Sieg über die englischen Truppen bei Lydenburg auch bis heute noch von englischer Seite keine Bestätigung gefunden hat, zeugen doch die trocknen Zahlen der Verlustlisten deutlich genug für die Erbitterung, mit der die Boeren während der letzten Zeit den Verzweiflungskampf geführt haben. In der letzten amtlichen Liste von 4. Juli war die Gesamtziffer der Verluste mit 29 708 angegeben. Dieselbe steigt bis 11. Juli auf 30 003. Am 18. Juli werden 32 520 Verluste verzeichnet — 1827 Mann mehr. Am 25. Juli sind es 34 750 — 2230 Mann mehr! Am 2. August beträgt der Verlust 36 550 — 1809 Mann mehr! So geben also die amtlichen Listen für jede der drei Wochen vom 11. Juli bis 2. August fast immer 2000 Mann Verluste an!

Lord Roberts scheint demnach recht wenig Aussicht auf eine baldige Beendigung des Kriegs zu haben.

Amerika.

Regereverfolgungen. Aus Lake Ochriffi (Südost-Carolina) wird gemeldet: Ein Volkshaufe von 5000 Weißen scharte sich gestern zusammen und griff die Negerbevölkerung an, um den Tod eines Polizeibeamten zu rächen, welcher am Sonntag von einem Schwarzen getödet worden war. Die Polizei zersprengte schließlich die Unruhestifter. Etwa zwanzig der Aufseher wurden verwundet. Die Polizeistationen sind voll von Gefangenen.

Partei-Nachrichten.

Mit dem Parteitage in Mainz beschäftigte sich eine Parteiverammlung für die beiden Wahlkreise in Leipzig. In längerem Ausinandersprechen kam es nur über die Frage der Landtagswahlbeteiligung, wobei Grenz und Schoenlant gegen, Seher für die Beteiligung sprach. Daß man sich dem Beschlusse des Parteitages unter allen Umständen fügen wolle, wurde zwar auch hier ausgesprochen, jedoch mit 183 gegen 80 Stimmen folgender Beschluß gefaßt:

„Die heutige Parteiverammlung beauftragt die Delegierten, auf dem Parteitage mit aller Energie gegen die Wahlbeteiligung unter dem Klassenwahlgesetz einzutreten.“

Zur Delegiertenwahl war von Frauen beantragt worden, auch eine Frau zu delegieren. Der Antrag wurde abgelehnt und 4 Genossen als Vertreter der beiden Kreise gewählt. Auch der Antrag von den Frauen gestellte Antrag, die Kosten für eine besondere Frauendelegation auf die Kreise zu übernehmen, wurde abgelehnt.

Es wurde dann noch Grenz als Delegierter zum Pariser Kongreß gewählt.

Auch die Genossen in Breslau berieten in einer sehr stark besuchten Parteiverammlung über den Parteitag, und auch hier bildete die Landtagswahl-Frage den Mittelpunkt der Diskussion. Nachdem lebhaft für und gegen gestritten worden war, wurde gegen eine starke Minderheit folgende von Bruns eingebrachte Resolution angenommen:

„Die Breslauer Parteigenossen beantragen beim Parteitag in Mainz, der bisherigen Unklarheit in der Frage unserer Taktik bei den Landtagswahlen in Preußen ein Ende zu machen durch den Beschluß allgemeiner und selbständiger Beteiligung der sozialdemokratischen Partei bei den nächsten preussischen Landtagswahlen. Weiter möge der Parteitag durch entsprechenden Beschluß ein Zusammengehen der sozialdemokratischen Wahlmänner mit solchen anderer Parteien gestatten zum Zweck sowohl der Erlangung sozialdemokratischer Abgeordnetensmandate wie der möglichen Schwächung der jetzt im preussischen Abgeordnetenhause dominierenden reaktionären Parteien. Die oberste Leitung der Wahlgeschäfte möge der Parteitag dem Parteivorstand bzw. einem besonders zu wählenden Komitee übertragen.“

Bald nach der Abstimmung über diese Resolution wurde die Versammlung „wegen vorgerückter Zeit“ polizeilich aufgelöst. Die Versammlung konnte daher ihre Tagesordnung nicht erledigen.

Bezirkstags-Wahlen in Elßaß-Lothringen.

Die sozialdemokratische Partei Elßaß-Lothringens rüstet zum Kampf für die auf den 30. September d. J. festgesetzten teilweise Erneuerungswahlen zu den Bezirkstagen. Die letzteren sind die gewählten Vertretungen der drei Verwaltungsbezirke Ober-Elßaß, Unter-Elßaß und Lothringen, in welche das Reichsland, unter Beibehaltung der französischen Departementseinteilung, gegliedert ist, und entsprechen hinsichtlich der Kompetenz und der Stellung im Organismus der staatlichen Verwaltung etwa den Provinziallandtagen Preußens. Ihre Tätigkeit erstreckt sich im wesentlichen, soweit sie nicht die Verwaltung der im Besitz der Bezirke befindlichen Heil- und Pflege-Anstalten, Armen-, Waisen- und Findelhäuser, öffentliche Straßen- und sonstige Verkehrsanlagen zc. betrifft, auf die Wehrung von Wünschen gegenüber dem Bezirkspräsidium, die Stellung von Anträgen an Ministerium und Landesausföuh, sowie die Beratung und Verabschiedung der vom Bezirkspräsidenten zu machenden Vorlagen und die Entgegennahme seines Verwaltungsberichts.

Darüber hinaus kommt den Bezirkstagen aber insofern eine nicht zu unterschätzende politische Bedeutung zu, als sie gleichzeitig auch als Wahlkörper für den Landesausföuh fungieren und als solche zusammen volle 34 von den 54 Mitgliedern derselben zu ernennen haben. Das durch und durch reaktionäre Wahlsystem zum Landesausföuh, das den großen Massen der Bevölkerung jede Einwirkung auf die Zusammenziehung dieser sogenannten Volksvertretung unmöglich macht, so daß auf absehbare Zeit an ein Eindringen von Erwählten des arbeitenden Volks in dieselbe nicht zu denken ist, hat seit Jahren schon die Aufmerksamkeit unserer reichslandischen Parteigenossen auf diesen Teil der Kompetenzen der drei Bezirkstage gelenkt und sie zur Teilnahme an den Wahlen zu den letzteren veranlaßt, um so mehr, als auch das Bezirkstags-Wahlrecht, verglichen mit demjenigen für den Landesausföuh, ein relativ liberales genannt zu werden verdient.

Die Bestimmungen derselben decken sich im wesentlichen mit denjenigen über die Wahlberechtigung zum Deutschen Reichstag, insofern allen männlichen Einwohnern des Bezirkes — ausgenommen natürlich die Militärpersonen — das aktive Wahlrecht gegeben ist, sofern sie über 25 Jahre alt und im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte sind und nicht aus öffentlichen oder Gemeindevirtuellen Unterstützungen erhalten. Eine Beschränkung erfahren diese Voraussetzungen nur dadurch, daß das Wahlrecht an die Verbindung einer mindestens dreijährigen Anwesenheit in der Gemeinde geknüpft ist; sofern der Betreffende ein Wohnhaus im Bezirk besitzt oder ein öffentliches Amt bekleidet, genügt die einjährige Anwesenheit im Bezirk. Wie bei den Reichstagswahlen, so sind auch hier durch die Behörden amtliche Wahllisten aufzustellen und spätestens 4 Wochen vor dem Termin der Wahl auf 8 Tage zur öffentlichen Einsichtnahme anzulegen. Der Bezirk ist zum Zweck der Vornahme der Wahl in „Kantone“ eingeteilt, deren jeder einen Abgeordneten zu wählen hat. Die Wahl erfolgt auf die

auer von 6 Jahren; sie ist direkt und geheim und verlangt für ein Gewähltes das absolute Stimmenmehr; im zweiten Gange entscheidet die relative Mehrheit. Die Zahl der Mitglieder der Bezirksliste beträgt 29 für Oberelsaß, je 35 für Unterelsaß und Lothringen.

Als erster Vertreter der Sozialdemokratie wurde im Jahre 1906 Wöhle-Strasbourg als Vertreter des Kreises Strasbourg-Ost in den Bezirksrat des Unterelsaß gewählt; ihm folgte in Oberelsaß Wueb mit dem Mandat von Marikirch. In den wenigen anderen für die Partei in Frage kommenden Kantonen, insbesondere im Bezirk Lothringen, konnten sozialistische Mehrheiten nicht erzielt werden. Das Mandat Wöhles bleibt bis 1908 in Kraft; Wueb hat das seinige trotz seines inzwischen erfolgten Ausschlusses aus der Partei nicht niedergelegt, so daß eine Ergänzungswahl in Marikirch für unsere Partei nicht in Frage kommen kann.

An den am 30. September d. J. stattfindenden teilweisen Erneuerungswahlen ist der Bezirk Oberelsaß mit 12 Kantonen beteiligt. Die Sozialdemokratie tritt dabei nur im Kanton Mülhausen-Süd, und zwar hier zum erstenmal, in die Wahlbewegung ein. Ihr Kandidat ist der Gastwirt Joseph Kuchbaumer in Mülhausen. Der Kreis bietet mit seiner zahlreichen Arbeiterbevölkerung für uns durchaus günstige Aussichten.

Auch im Unterelsaß sind von den 35 Mandaten diesmal 12 zu erneuern. In zweien derselben, den städtischen Kreisen Strasbourg-Nord und Strasbourg-West (die Reichslandeshauptstadt entscheidet insgesamt vier Vertreter in den Bezirksrat, wovon diesmal zwei neu zu wählen sind) ist die Aufstellung sozialistischer Kandidaten beschlossen worden. Der erstere, Strasbourg-Nord, in dem jetzt Schriftführer Jacques Beirotes für die Sozialdemokratie kandidiert, lieferte schon im Jahre 1895 unter 2978 abgegebenen Stimmen im zweiten Wahlgang 788 sozialistische. Im anderen treten wir jetzt zum erstenmal in die Wahl ein; sozialistischer Bewerber ist dort Genosse Gustav Hoffmann, Geschäftsführer in Strasbourg.

In Lothringen gestalten es die Verhältnisse unserer Partei vorerst nicht, bei den bevorstehenden Wahlen mit selbständigen Kandidaturen an die Öffentlichkeit zu treten.

Die Konferenz für den Kreis Drossen-Sternberg tagte in Drossen. Die Bewegung im Kreise ist noch sehr schwach; es steht der Partei im ganzen Kreise nur ein Lokal in Neppen zur Verfügung. Die Jahresrechnung betrug im ganzen 62 M. Bei 1346 im Jahre 1898 abgegebenen sozialdemokratischen Wahlstimmen. Als Delegierte zur brandenburgischen Provinzialkonferenz wurden gewählt Dunler-Neppen und Schmidt-Sonnenburg. Der bisherige Kreisvertrauensmann wurde wiedergewählt.

Die Sozialdemokratie in der Gemeindevertretung. Wie in einer Vertrauensmänner-Konferenz berichtet wurde, befinden sich in dem badischen Bezirk Karlsruhe in zehn Gemeindevertretungen 156 sozialdemokratische Mitglieder. Eine stattliche Zahl.

Totenliste der Partei. Ein alter Parteigenosse, der Tischler Friedrich Blambert in Lübeck, hat in einem Unfall von Feststörung seinem Leben ein Ende gemacht. Er war einer der Gründer der dortigen Holzarbeiter-Organisation, eben so lange bekleidete er Ehrenposten in der Tischler-Centraltrautenkasse und der Krankenkasse der gewerblichen Arbeiter, deren erster Vorsitzender er seit der Gründung war. Der sozialdemokratische Verein verliert in ihm ein langjähriges thätiges Mitglied.

Im Fall Wüstemann ist die Anklage gegen Genossen Stewitz niedergelegt worden, da die Voruntersuchung und besonders die Vernehmung der Frau Wüstemann noch bedeutend belastendes Material für diesen „Ehrenmann“ ergab, als wie bisher bekannt war. Die kapitalistische Presse von der Richtung der sogenannten unparteiischen „Generalanzeiger“ bis zum Organ der Stumm etc. hat damit einen bösen Reuefall erlebt. Wüstemann wurde seiner Zeit als der von sozialdemokratischen Arbeitern „broilos“ gemachte Familienvater „gefeiert“, dabei versöhnte man absichtlich, was Geistes Kind der von jedem anständigen Arbeiter verachtete Wüstemann war. Er sollte und mußte sich belächelt fühlen, als seine unehrerlichen Manipulationen durch die Arbeiterpresse enttüllt wurden. Die bürgerliche Presse rief nach dem Staatsanwalt, aber die Behörden mühten sich überzeugen, daß eine eventuelle Verleumdungslage zur Freisprechung ihres Redakteurs und zu einer furchtbaren Niederlage der Verteidiger Wüstemanns führen mußte.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

— Eine recht unnütze Sorge macht sich die Polizei in Würzen. Die dortige Parteiliste erhält nämlich einen Betrag für die Parteiliste, der unter der Signatur „Ortskrankenkasse“ quittiert werden sollte und ohne Bedenken auch quittiert wurde. Darauf erhielt der Kreisvertrauensmann Mader eine Ladung zur Behörde. Hier wurde verlangt, den oder die betreffenden Geber zu nennen, die den Betrag gestiftet, und zu erklären, ob der Betrag etwa ein regelmäßiger aus der Ortskrankenkasse sei. Das erstere zu thun, war unser Genosse nicht in der Lage. Letzteres hingegen, nämlich, daß der Betrag ein regelmäßiger sei aus der Ortskrankenkasse, glaubt ja die Behörde selbst nicht. Zum Schluss unterzeichnete Genosse Mader ein Protokoll, wovon in Zukunft bei derartigen Quittungen keinerlei bedenkliche oder staatsliche Namen benannt werden dürfen. Wegen dieser Angelegenheit soll übrigens auch der Kassierer der Ortskrankenkasse vernommen worden sein.

Der Genosse Mader hat sich da auch ganz unnötigerweise ins Wodsborn jagen lassen; er hatte durchaus nicht nötig, irgend eine Verpflichtung dieser Art einzugehen. Ob es freilich klug war, eine solche Signatur für diesen Betrag zu wählen, ist eine andre Frage.

Gewerkschaftliches.

Verku und Umgebung.

Zur Lohnbewegung der Fliesenleger. Die Fliesenleger haben in einer stark besuchten Versammlung am Mittwochabend nach einer äußerst lebhaften, sehr langen Debatte mit knapper Majorität den vom Einigungsamt gemachten Vorschlägen ihre Zustimmung gegeben. Allgemein wurde der Meinung Ausdruck gegeben, daß die Angehörigen der Unternehmer ungenügend sind und die aufgestellten Einigungsbedingungen den Typen, die der fast schwächelnde Zustand gelöst hat, nicht entsprechen. Nur in der Voraussetzung, daß die auf Grund der Einigungsbedingungen zu wählende Kommission noch verschiedene Wünsche der Arbeiter berücksichtigen, hat die Majorität die Vergleichsvorschläge vorläufig angenommen.

Am Freitag wird die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgen. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß sofort wieder neue Differenzen ausbrechen und zwar der Hilfsarbeiter wegen. Die ausständigen Hilfsarbeiter haben dem Einigungsamt gleichfalls ihre Forderungen unterbreitet, wurden aber bei den Verhandlungen ausgeschlossen und eine Verständigung ist in dieser Sache noch nicht erzielt worden. Da den Hilfsarbeitern seitens der Fliesenleger die Unterstützung zugesichert ist und insbesondere das Zusammenarbeiten mit Streikbrechern abgelehnt werden wird, so ist die Wiederaufnahme der Arbeit in vollem Umfange und die gänzliche Beendigung der Lohnbewegung kaum zu erwarten.

Die streikenden Rifenmacher waren am Donnerstagnachmittag vollzählig in Stechers Saal versammelt. Dem Bericht der Streikkommission zufolge ist die Situation in jeder Hinsicht sehr günstig. Am Mittwoch wohnte die Kommission einer Sitzung des Fabrikantenvereins bei. Ein Resultat hatte die Verhandlung jedoch nicht, denn die Tarifforderungen, welche die Fabrikanten anboten, bleiben so weit hinter den Forderungen der Arbeiter zurück, daß sie durchaus unannehmbar sind. Das war auch die einstimmige Meinung der Versammlung. Die Kommission schlug die Aufhebung des Generalstreiks und die Weiterführung des partiiellen Streiks vor, da verschiedene Fabrikanten bereit seien, den von den Arbeitern aufgestellten Tarif zu bezahlen. Dieser Vorschlag fand

zunächst lebhaften Widerspruch. Mehrere Redner erklärten sich für die Beibehaltung des Generalstreiks. Nach längerer Diskussion, in der u. a. auch Th. Fischer, der Vorsitzende des Gewerkschaftsrates, den Vorschlag der Streikkommission empfahl, wurde mit großer Mehrheit folgende Resolution angenommen:

Die heute in Stechers Saal tagende öffentliche Versammlung der Rifenmacher hält es für angezeigt, den Generalstreik aufzuheben und in den partiiellen Streik einzutreten. Sie bewirkt den Tarif, der von Seiten der Fabrikanten angeboten ist, und überläßt alle weiteren Schritte der Streikkommission.

Zum Streik der Militärfaktler. Da die Firma Klude u. Comp., Friedrichstr. 236, die Forderungen ihrer Arbeiter anerkennt hat, so wird gemäß einem Beschluß der Versammlung der Streikenden vom Donnerstag bei genannter Firma am Freitag früh die Arbeit wieder aufgenommen. Bei den übrigen Firmen besteht der Streik weiter.

Der Verband der Töpfer hat gestern in einer stark besuchten Versammlung die Lohnkommission beauftragt, innerhalb acht Tagen eine Sitzung mit unparteiischen Vertretern beim Gewerbegericht beziehungsweise Einigungsamt mit Hinzuziehung der Meisterkommission zu beantragen. Falls die Meister zu dieser Sitzung nicht erscheinen, soll zur Ausarbeitung eines neuen Lohnsatzes geschritten werden. Die Veranlassung zu diesem Vorgehen gab die Thatsache, daß die Unternehmer in mehreren Fällen die vor dem Gewerbegericht vereinbarten Lohnbedingungen nicht innegehalten haben.

Deutsches Reich.

Die Herren im Hause. Der Vorsitzende des Hamburgischen Gewerbegerichts hatte seine Vermittlung zur Beilegung der Auslieferung der Werftarbeiter angeboten und die Arbeiter hatten das Angebot angenommen. Der Unternehmerverband hat jedoch, wie der „Hamburgische Korrespondent“ meldet, das Anerbieten abgelehnt. Die Herren wollen keine Vermittlung und keine Verhandlung; die Arbeiter, die über die Gestaltung ihrer Verhältnisse mitentscheiden wollen, sind ihnen Rebellen, die sich bedingungslos zu unterwerfen haben. Ueber ihre Forderungen geht man zur Tagesordnung über.

Aus der Frauenbewegung.

Wie lebhaft das Interesse für Bildungsfragen bei unsren Frauen ist, konnte man gestern abend im Verein Sächseberger Frauen und Mädchen beobachten. Des herrlichen Sommerwetters ungeachtet, füllte sich das Vereinslokal mit Mitgliedern und Gästen bis zum letzten Platz, um Fel. Altmanns Vortrag über die christliche Schule der Gegenwart zu hören.

Die Rednerin wies zunächst auf den Widerspruch hin, in welchem die Lehren der christlichen Kirche, Mittelpunkt und Norm des Volksschul-Unterrichts mit den Lehren der Naturforschung und Naturerkenntnis stehen, wie sie sich in den letzten Jahren mehr und mehr sowohl erweitert und vertieft haben. Durch geschickte Darlegung in populären Vorträgen sind sie auch den unteren Klassen wenigstens ihrem Wesen nach und in einfachen Umrissen bekannt geworden, so daß sie bald Gemeingut des Volksbewußtseins werden dürften. Der Zwiespalt zwischen dieser Weltanschauung, von der auch die Lehrer genügend Kenntnis nehmen müssen, und der kirchlichen Lehre, welche den Unterricht beherrscht, bedrückt den Lehrenden schwer; oft erlaubt seine frische Kraft in dem Bestreben, unversöhnliche Gegensätze auszugleichen zu lösen.

Der Einfluß auf das Gemüt des Kindes ist jedoch häufig noch unheilvoller durch die Wirkung des doppelten Widerspruchs, der auf die junge Seele einwirkt; sowohl zwischen der Lehre in den verschiedenen Stunden — z. B. Religion und Naturlehre — als auch zwischen den Einflüssen der Schule verpackt mit denen des Elternhauses und des Lebens. Denn das Kind der Volksschule ist das Kind des Proletariats; es erleidet in der für seine Lage so harten Welt in der frühen Kindheit schon allerlei Verwundungen, macht allerlei Erfahrungen, welche den größten Gegenhalt bilden zu dem, was die Schule ihm einprägt. Rechnet man dazu, daß oft auch die Eltern durchaus andern Glaubens sind, als die Schule verlangt, so darf man sich nicht wundern, wenn die junge Seele in ihrer Verwirrung, welche durch diese unüberbrückbaren Widersprüche geschaffen wird, jeden Glauben an Autorität, jede Religion, jede Ehrfurcht verlieren kann.

Um so verlockender erschien nun das Bild von der Schule der Zukunft, von der sich schon in den heutigen Verhältnissen bei uns die Anfänge zeigen, wenigleich nur in wenigen Zügen. Jede Schule wird ohne Rücksicht auf irgend eine Konfession nur der Wissenschaft, der Einführung der Kinder in das weite Reich der Bildung und der Erkenntnis dienen. Nicht mehr ipser Formelraum, Namen, Zahlen, auswendig gelernte Sätze werden den Hauptinhalt des Unterrichts bilden, sondern lebendige Anschauung, allmähliche Einführung in die Naturerkenntnis durch Verständnis für das Werden und Wachen der belebten und un belebten Welt. Und ebenso Verständnis für die Geschichte der Menschheit durch die allmähliche Entwicklung von der niederen zur höheren Kultur in ihren reichen Formveränderungen.

Zum Teil sind diese Bedingungen schon in Frankreich erfüllt. An Stelle des Religionsunterrichts, welcher in Ländern mit gemischter Konfession leicht Zerrung und Gefährdung unter die Schulgenossen bringt, tritt eine gemeinsame Morallehre, deren Grundzüge die unzerstörbar gleichen sind. Auch findet sich dort als Unterrichtsgegenstand schon die von uns so eifrig erstrebte Geleghenheitskunde; eines der wichtigsten Kenntnisse für alle Lebensverhältnisse.

Die Religion wird dabei weder geschädigt noch verflücht. Ein Nachmittag der Woche ist ganz freigegeben, um jeder Konfession Zeit und Gelegenheit zum Unterricht der Kinder in ihren Gemeinden zu geben. So wird mit Vermeidung aller Konflikte das wahre religiöse Gefühl am besten und schönsten befriedigt.

Eine weitere Forderung der Schule der Zukunft ist, daß sie alle Kinder des Volks vereinige, arm oder reich, vornehm oder gering, männlich oder weiblich. Alle sollen bis zu einer bestimmten Altersstufe ein gleiches Maß allgemeiner Bildung erlangen, ehe die Hochschulen die Weiterbildung zu besonderen Berufsarten übernehmen. Kein Unterschied des Standes oder Geschlechts braucht niemand zu wahren; sollen doch alle in gleicher Weise und in gleichem Maße herangebildet werden zu rechtem eitem Menschentum.

Dem sehr beifällig aufgenommenen Vortrag folgte die Mitteilung, daß für Sonntag, 26. August, ein Ausflug nach Schmargendorf bestimmt sei. Im Anschluß daran ergreift Fel. Altmann nochmals das Wort, um darauf hinzuweisen, wie günstige Gelegenheit der Ausflug biete, um bei den Kindern die Liebe zur Natur zu pflegen, wie schön es sei, sie zur Beobachtung der Lebensweisen anzuleiten, zur liebevollen Beobachtung, welche das Gemüt mit Freude erfüllt, wie man die Liebe zu allem Lebenden wecken könne und Abscheu erregen gegen jede Grausamkeit an Tieren, jede unwillige Zerstörung, an Pflanzen ausgeht.

Die anmutige Erinnerung fand freudigen Wiederhall in den Herzen der anwesenden Rätter und wird gewiß dazu beitragen, daß Sonntagstest für die Kinder noch schöner zu gestalten.

Sociales.

Für Kellner außerordentlich wichtig ist eine Entscheidung des Gewerbegerichts in Breslau, die im „Gastwirtgehilfen“ mitgeteilt wird. Ein Gastwirt in Breslau hatte zu einem Studentenkommerz Kellner engagiert, die um 8 Uhr früh ansetzen mußten, um die Festräume ordnen zu helfen. Um 2 Uhr begann das Diner. Als die Kellner schon in voller Arbeit waren, eröffnete ihnen der Wirt, daß er für die Tagesarbeit einschließlich der Bedienung bei dem abendlichen Kommerz nur 1 M. zahlen wolle. Essen und Trinken erhielten sie auch nicht. Die Kellner arbeiteten bis zum Schluß des Dinners weiter, bedienten jedoch dann bei dem Kommerz

nicht mehr. Sie klagten darauf beim Gewerbegericht auf Zahlung von 6 M. pro Mann (3 M. als Lohn, 2 M. für die Kost und 1 M. für das Aufwärmen). Das Gericht verurteilte den Wirt zur Zahlung des eingeklagten Betrags. Es nahm an, daß für die geleistete Arbeit der Satz von 6 M. nicht zu hoch bemessen sei; die Einrede des Beklagten, daß eine Vereinbarung mit den Klägern erfolgt sei, wurde als unerblich erachtet. Nicht während der Arbeit, sondern beim Antritt mühten die Bedingungen, unter welchen die Kellner zu servieren haben, festgelegt werden.

Landarbeiterfutter. Einen „seit Jahren erprobten“ „Leutebefestigungs-Wochenendzettel“ veröffentlicht die „Deutsche landwirtschaftliche Presse“. Er ist für 6 Personen berechnet und lautet:

Sonntag: Reis 500 g, Fleisch 3 Pfd., Kartoffeln 6 Pfd., . . .	2,37	
Montag: Erbsen 4 1/2 Pfd., Kartoffeln 6 Pfd., Schmalz 1/2 Pfd., . . .	1,04	
Dienstag: Kartoffeln 12 Pfd., Speck 100 g, Effig 1/2 l . . .	0,61	
Mittwoch: Kartoffeln 12 Pfd., 8 Heringe . . .	0,66	
Donnerstag: Graupen 540 g, Fleisch 3 Pfd., Kartoffeln 6 Pfd., . . .	2,42	
Freitag: Woknen 4 1/2 Pfd., Kartoffeln 3 Pfd., Schmalz 1/2 Pfd., . . .	1,04	
Sonnabend: Kartoffeln 12 Pfd., 6 Heringe . . .	0,66	
Für sämtliche Tage der Woche 7 x 18 g Kaffee und 1 Pfd. Cichorien 0,85 M., 7 l Milch 1,05 M., Salz pro Woche 3 Pfd. 0,50 M., Suppen (Wort., Reis., Kartoffel-) oder Milchsuppe pro Person 1 1/2 l 7 x a 60 Pf. = 4,20 M.		5,90
Summa . . .		14,70
Milch pro Person und Tag	0,85	

Dazu wird noch pro Tag und Kopf 2 Pfd. Brot und in ordn. fähiger Weise pro Woche 1/2 Pfd. Butter, 1/2 Pfd. Fett und 1/2 Pfd. Speck gegeben. Bei der Aufstellung des Befestigungszettels sind die „üblichen“ Marktpreise angenommen.

Reis, Erbsen, Graupen, Bohnen, Kartoffeln und Cichorien — welche wohlthuende Einfachheit, und wie nahrung! Zweimal in der Woche Fleisch, Dienstag für 6 Mann knapp 0,4 Pfund Speck; dann die Woche Kaffee; auf 1/4 Pfund Kaffee 1 Pfund Cichorien! Wenn die Woche mit Kartoffeln und Hering glücklich beschlossen ist, dann wird sie mit Kartoffeln und Reis wieder begonnen. Aber — wird dieser schöne „Leutebefestigungs-Wochenendzettel“ auch überall eingehalten? Sieht es auch per Mann und Woche 1 Pfund Fleisch? Oder nicht vielleicht noch zur Hälfte Knochen? Es ist nicht zu verwundern, daß bei dieser armjehligen Abfütterung die Arbeiter nicht aushalten.

Städtische Sozialpolitik. Die städtischen Gas- und Wasserwerke der Stadt Halberstadt haben sich die Stumm und Gewonen zum Muster genommen. Sie haben zu ihrer Arbeitsordnung folgenden Zusatz erlassen:

„Lohnzahlungen erfolgen nur für diejenigen Stunden, in welchen der lohnfordernde Arbeiter thätig gearbeitet hat. Für Zeiten, in welchen der Arbeiter durch einen in seiner Person liegenden Grund an der Arbeit verhindert ist, wird ebenfalls kein Lohn gezahlt, auch wenn die Verhinderung entschuldbar und von nicht erheblicher Dauer ist.“

Diese Bestimmung bedeutet den Ausschluß der Arbeiter von den Vorteilen der § 616 des Bürgerlichen Gesetzbuchs. Es sieht einer städtischen Behörde schlecht an, ihren Arbeitern die Vorteile zu verweigern, die das bürgerliche Recht ihnen gewährt. Das bürgerliche Recht will doch ohnehin nur Normativbestimmungen geben für den Fall, daß keine Vereinbarung besteht. Es wird darin das mindeste Recht des Arbeiters festgesetzt, auf das er sich mangels besonderer Abmachungen berufen kann. Was das Gesetz in diesem Falle vorschreibt, mühten die Behörden unter allen Umständen beachten. Es ist geradezu eine Verleumdung allgemein anerkannter Rechtsgrundsätze, wenn sie es nicht thun.

Zu viel Kinder. Die Polizeiverwaltung in Solingen hat an vermiedene Hausbesitzer, die ihre Wohnungen an linderreiche Familien vermietet haben, eine Verfügung geschickt, deren Inhalt mit Weglassung der Namen also lautet:

Stadt Solingen
Polizei-Verwaltung.

Solingen, den 7. August 1900.
Wie eine Besichtigung ergeben hat, entspricht die in Ihrem Hause . . . belegene, an den . . . vermietete Wohnung den Vorschriften der Regierung-Polizeiverordnung vom 25. Mai 1893, betreffend Besatzbarkeit und Benutzung von Wohnungen insofern nicht, als dieselbe für den jetzigen Inhaber mit seiner zahlreichen Familie zu klein ist.

Sie werden ersucht, binnen (seinem Monat) für die Beseitigung dieses vorchriftswidrigen Zustands Sorge zu tragen, widrigenfalls die Wohnung als ungeeignet — überflüssig — erklärt werden würde, was als gesetzliche Folge des Verbot nach sich ziehen würde, ohne bedenkliche Erlaubnis die Wohnung weiter zu vermieten, oder selbst in dieselbe einzuziehen. Der Oberbürgermeister: Dide.

Von den Solinger Hausbesitzern ist es eigentlich anerkennenswert, daß sie überhaupt noch Familien mit viel Kindern in ihre Häuser aufnehmen; in der Regel verlangen schon die Hausbesitzer, daß sich ihre Mieter des Kindererleds enthalten. Nichtsdestoweniger wäre es ganz in der Ordnung, daß die Polizei gegen die Ueberfüllung der Wohnungen einschreitet — wenn sie auf der andern Seite dafür sorgte, daß die Arbeiter eine genügend große Wohnung für einen ihren Mitteln angemessenen Preis erhalten. Die Gemeinde muß vor allen Dingen für billige Wohnungen sorgen dadurch, daß sie selbst solche baut. Ohne eine entsprechende kommunale Wohnungsfürsorge weist die Maßregel der Solinger Polizeiverwaltung für die davon Betroffenen geradezu vernichtend. Eine genügend große Wohnung können sie nicht bezahlen und in eine kleine darf kein Wirt sie aufnehmen. Was sollen sie thun?

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Die chinesischen Wirren.

London, 16. August. (W. T. V.) Die hiesige Chinesische Gesandtschaft hat, wie die Abendblätter melden, ein Telegramm erhalten, in dem es heißt, daß ein Abkommen getroffen sei, nur eine kleine Anzahl von Truppen in Shanghai zu landen. Die Chinesen seien wieder ruhiger geworden und die Gefahr eines Aufstands im Süden Chinas abgewendet. Für die Sicherheit Shanghais beständen keine Bedrohungen mehr.

New York, 16. August. (W. T. V.) Das „Evening Journal“ veröffentlicht ein Telegramm aus Kobe, demzufolge Japan einen Waffenstillstand zwischen den Mächten und China vorgeschlagen habe. Letzteres habe den Waffenstillstand angenommen. Die Bedingungen der Mächte gingen dahin, entweder die Gesandten der Truppen der Mächte an den Thoren Peking auszuliefern oder den Truppen zu gestatten, die Stadt zu betreten und die Gesandten zu holen. Japan habe die Verhandlungen eingestellt.

Washington, 16. August. (Telegramm des Amerikanischen Bureaus.) Das Kabinett hielt heute eine Sitzung ab, in welcher es sich dahin schlüssig machte, das Vermittlungsansuchen der Dmng-Konferenz zu beantworten. Es verlanter, die Vereinigten Staaten von Nordamerika seien bereit, einen Waffenstillstand zum Zwecke der Befreiung der Gesandten und der Hingigen in Peking Eingeschlossenen zuzustimmen, und würden nach der Befreiung derselben die Feindseligkeiten eine bestimmte Zeit einstellen, um über Friedensbedingungen zu verhandeln.

Ossenburg, 16. August. (W. T. V.) In der nahe Gemeinde Hossietien brannte heute das Haus des Hofbauern Wegner ab. Vier Personen fanden dabei den Tod in den Flammen. Der Hofbauer und seine Tochter wurden schwer verletzt. Die Entstehungsursache des Brandes ist nicht bekannt.

Breslau, 16. August. (W. T. V.) Der Ausbruch der hiesigen Hosenarbeiter ist beendet.

Tokales.

Eine wissenschaftliche Ballon-Dauerfahrt ist, wie mehrfach mitgeteilt worden, für diesen Sommer in Aussicht genommen. Die Vorbereitungen zu dem bemerkenswerten Unternehmen sind jetzt so weit gediehen, daß die Ausfahrt des Ballons auf Mitte oder Ende des nächsten Monats angesetzt werden konnte und zwar erfolgt der Aufstieg vom Sportplatz Friedenau aus. Mit Recht wohl nimmt das Komitee der Ballon-Dauerfahrt an, daß nicht allein die Männer der Wissenschaft, sondern auch das Publikum allgemein dem Experiment Interesse entgegenbringt, und hieraus folgend, hat man die Ausfahrt gegen ein geringes Eintrittsgeld der Öffentlichkeit zugänglich gemacht.

Wer hier allerdings Schaugepränge zu sehen hofft, wird allerdings enttäuscht sein; jeder aber, der die Gasse betritt in der Absicht, sich über die Interna der immer noch mit einer Art geheimnisvollen Nimbus umgebenen Luftschiffahrt zu unterrichten, kann von diesem Ort ein gutes Stück Belehrung heimbringen.

Die geplante Dauerfahrt hat im wesentlichen den Zweck, festzustellen, wie lange ein mit allen zu Gebote stehenden Mitteln der Technik ausgerüsteter Ballon von großer Tragfähigkeit in der Luft erhalten werden kann. Außerdem sind meteorologische Beobachtungen vorzusehen. Das neue Niesen-Luftschiff hat einen Manninhalt von 6000 Kubikmeter und übertrifft den von André benutzten Ballon um etwa 4000 Kubikmeter. Sein Umfang beträgt 80 Meter; das Eigengewicht des mit Paragummi gedichteten Percaustoffs stellt sich auf 19 Centner; die Leinen, die den Ballon umspannen, sind 29 000 Meter lang und wiegen 15 Centner; sie vermindern ein fünf-städiges Haus völlig zu umspannen.

Ueber die vermittelnde Dauer der wissenschaftlichen Ballonfahrt sind die Veranstalter selber sich noch völlig im Unklaren. Die Fahrt kann in vier oder fünf Tagen beendet sein, sie kann sich aber auch auf das vierfache dieser Zeit ausdehnen. Immerhin wollen die fünf Teilnehmer der Fahrt, die Herren Jettel, Dr. Person vom hiesigen meteorologischen Institut, Dr. Siring vom astro-physikalischen Institut, der Privatgelehrte Alexander aus London, und ein unbekannter Teilnehmer sich auf drei Wochen mit Proviant versehen. An der Möglichkeit, die erforderlichen Vorräte zu beschaffen, fehlt es nicht, denn der Reiseballon hat eine Tragfähigkeit von 125 Centnern. In der 450 Pfund wiegenden Gondel, einem Weisenerker der Korbschreier, sind zwei Betten untergebracht; ferner enthält sie einen Tisch und einige Stühle. An ihrer Außenfläche befinden sich drei Wasserbehälter von je 55 Liter Inhalt, sowie drei Kisten, welche die für die elektrische Beleuchtung erforderlichen 30 Trodenelemente bergen. Es werden außer den wissenschaftlichen Apparaten, Schwingungsmessern u. dgl. Vorrichtungen mitgenommen, Ballast und Proviant wiegen insgesamt etwa 75 Centner. Die Fahrt wird auf bei West oder Nordwestwind angesetzt. Das europäische, vielschicht auch das asiatische Festland ist also vermittelst die Gegend, in welcher der Ballon landen wird. In höhere Luftschichten soll nicht aufsteigen werden; das 300 Meter lange Seilseil, dessen Gewicht von 10 Centner die Gondel wesentlich von Ballast entlastet, wird während des größten Teils der Fahrt den Erdboden berühren.

Sowohl menschliches Wissen als der Erfolg des Unternehmens sichern kann, wird es geschehen. Die Leiter der Fahrt, die Herren Person und Siring, sind in der wissenschaftlichen Welt als erfahrene Luftschiffer bekannt, und wenn Wind und Wetter günstig sind, wird der wissenschaftliche Erfolg die aufgewendeten Mühen reichlich belohnen. Die großen Kosten sind durch private Aufwendungen aufgebracht worden. In nachlässigster Weise hat namentlich der Baumeister Gunders in Potsdam das Unternehmen gefördert.

Die Entlassung einer größeren Zahl Bankbeamten in einem großen hiesigen Bankhaus hat in diesen Kreisen eine lebhafteste Erregung hervorgerufen. Die Entlassung wird mit dem Niedergang des Geschäftsbetriebs; die Ausschüttung, besonders aber auch die geschäftlichen Bestimmungen über die Differenzgeschäfte haben den Geschäftsverkehr bedeutend herabgesetzt. Viele Banken nehmen Differenzgeschäfte nicht mehr an, da die aus solchen Geschäften entstehenden Forderungen nicht mehr klarbar eingezogen werden können. In letzter Zeit hat sogar eine größere Bank sich der Zahlungspflichtigkeit entzogen und den Differenzgeschäftswand — wie der juristische Ausdruck lautet — erhoben. Damit ist diesem Geschäftsverkehr, der natürlich nicht unbedeutend war, ein arger Stoß verleiht. Augenblicklich haben die Angehörigen, die sich in ähnlicher Stellung glaubten und recht mäßige Gehälter bezogen, nun die ganze Last des veränderten Geschäftsverkehrs zu tragen. Es zeigt sich auch hier dieselbe Erscheinung wie überall in der kapitalistischen Welt, daß jede Störung im Geschäft sofort auf die Scholten der Arbeiter abgeladen wird. Denn die Arbeiter des Bankgeschäfts, das sind auch im wahren Sinn des Wortes die am schlechtesten bezahlten Beamten, die die ganze Last der Verwaltung tragen. Die Beamten geben sich der Hoffnung hin, daß die hohen Gewinne der Bank diese veranlassen würden, nicht gleich ihre Angestellten auf die Straße zu setzen. Man ist auch der Meinung, daß wenn einmal geklärt werden soll, dies derart geschehen könnte, daß einige ganz gut zu entbehrende Direktoren entlassen würden, die Gehälter bezögen, für die 5 bis 6 Angestellte schütten müssen. Aber alle diese Erwägungen sind nutzlos, die Entlassenen haben die schwere Sorge um ihre neue Stellung, und die ist im Kaufmannsstand nicht leicht zu nehmen. Vielleicht werden aber manchen von ihnen über unsere herrliche kapitalistische Weltordnung die Augen geöffnet.

Der Friedhof in Friedrichsfelde ist des Abends nur bis 7/7 Uhr geöffnet. Wir machen also diejenigen darauf aufmerksam, die die Absicht haben, die Grabstätte des Genossen Lieblucht zu besuchen.

Die Schiffsausstellung im Gewerkschaftshaus wird noch ca. 14 Tage von morgens 10 Uhr bis abends 11 Uhr geöffnet sein. Wegen des großen Andrangs — am Mittwoch waren gering gerechnet 20 000 Besucher anwesend, so daß wiederholt abgesperrt werden mußte — ist eine Verlängerung der Ausstellung nötig geworden. Vor allem möchten wir die Frauen bitten, für ihren Besuch die Tagesstunden zu wählen, damit der Abendandrang vermindert wird. Für den Sonntag werden ganz besonders Einrichtungen getroffen werden, um den Verkehr zu bewältigen.

Die Fiegelstraße kann in diesem Monat ihr 200jähriges Jubiläum feiern. Nachdem im Jahre 1699 die Gemahlin des Kurfürsten Friedrich III., Sophie Charlotte, einen Teil ihres Vorwerks, welches sich vom heutigen Mondjougarten bis zur Charité erstreckte, parzelliert und einzelne Parzellen, darunter auch den Vorwerksgarten, mehreren ihrer Diener überwiesen hatte, entstanden dort im August 1700, nachdem in der ersten Hälfte dieses Jahres die Gasse abgesteckt worden war, die ersten kleinen Häuser, Kalkbrennen und Fiegelgärten. Anfanglich hieß die Straße „Gasse am Garten nach den Fiegelweiden“ später wurde sie „Große Kalkbrennengasse“ genannt. Nahe der Spree befanden sich bis zur Friedrichstraße mehrere Fiegelgärten, die noch aus der Zeit herrührten, wo das Terrain von Bürgern als Garten benutzt wurde. Die ersten Bewohner der Fiegelstraße waren der Hofprediger Ursin von Bar, dem das Grundstück Nr. 7, und der Oberhofmeister von Eschewitz, dem das Grundstück Nr. 8 als „Schöpfrei“ (mit Freiheitsrechten verbundene) Besitztungen überwiesen wurden. Beiden Personen hatte der Kurfürst bereits vier Jahre vorher die Grundstücke zum Hausbau abgetreten. Später entstanden das „Kerzliche Anstalt“ im Haus Nr. 6 und eine mit der Charité verbundene Krankenanstalt im Hause Nr. 5, sowie das chirurgisch-ärztliche Anstalt der Unterstadt. Der

Garten, jenseits der Artilleriestraße gelegene Teil der heutigen Artilleriestraße entstand erst in späterer Zeit und hieß bis zum Jahre 1840 „Platowgasse“, nach einem Hofrat Platow, der dort einen großen Garten besaß.

Eine Renierung im Schulbauwesen. Die Fußböden der Klassenzimmer sind in den Berliner Schulen bisher immer in Holz angelegt worden. Holzfußböden sind aber gerade für Schulen mit mancherlei Uebelständen verbunden. Wenn nicht auf die Unterhaltung des Anstriches dauernd sehr bedeutende Mittel verwendet werden, tritt sich das Holz rasch ab, die abgetretenen Stellen begünstigen die Staubentwicklung, und die schließlich notwendig werdenden Ausbesserungen wirken ungesund. Außerdem ist bei lebhafter Bewegung der Schüler der Lärm auf einem Holzfußboden sehr lästig. In einigen andern Städten wie Bremen, Hannover, Stettin, Kassel, Köln, Frankfurt a. M., Mannheim sind in den letzten Jahren Schulen mit massiven Fußböden und Linoleumbelag gebaut worden. Ein erster Versuch mit dieser Renierung, die sich in den genannten Städten bewährt hat, wird in Berlin bei dem neuen Gemeindefausthause in der Grenzstraße gemacht, das die Bauleitung bis zum kommenden Wintersemester fertigstellen zu können hofft.

Im städtischen Osdach befanden sich am 1. Juli ex. 98 Familien mit 331 Personen, darunter 25 Säuglinge und 96 Einzelpersonen. Am 1. August war der Bestand 119 Familien mit 387 Personen, darunter 23 Säuglinge. Das Asyl für nächtliche Osdachlose dafelbst betrug im Laufe des Monats Juli 12 819 Personen, und zwar 11 425 Männer, 894 Frauen. Von diesen Personen wurden 19 dem Krankenhaus am Friedrichshain, 52 dem Krankenhaus Moabit, sechs nach Lichtgärten, 30 der Gefängnis-Krankenstation, 21 der Charité überwiesen, 100 (147 Männer, 13 Frauen) der Polizei vorgeführt. Gebadet haben während des Monats Juli 6064 Personen.

Der Geschäftsbetrieb der städtischen Sparkasse im Vierteljahr April—Juni d. J. war wiederum ein erheblicher. Es wurden nämlich in diesem Zeitraum eingezahlt 12 978 065,84 M., dagegen abgehoben 12 464 511,60 M., es ergab sich also eine Mehrerlösmenge von 508 558,74 M., wodurch das Guthaben der Interessenten sich auf 241 507 904,89 M. erhöhte. Dasselbe verteilt sich auf 677 510 Sparkassensparer. Das Gesamtvermögen der Sparkasse belief sich Ende Juni d. J. auf 282 612 273,00 M., einschließlich des Wertes der beiden der Kasse gehörigen Grundstücke Klosterstr. 68 und Zimmerstr. 90/91 in Höhe von 1 797 892,82 M.

Durch einen merkwürdigen Zufall ist der Schneider M. in den Besitz der ihm gestohlenen Waren zurückgelangt. Als er aus einem Geschäft in der Kaiser-Wilhelmstraße einen Sack mit zugeknüpferten Hosen abgeholt und im Hausflur auf kurze Zeit abgesetzt hatte, wurde er ihm entwendet. Bald darauf wurde einem Produzentenhändler A. in der Mulostraße der Sack in den Keller geworfen, während der Mann, der ihn hineinwarf, nicht erkannte. A. zeigte den Vorfall der Polizei an; diese aber ließ den Sack zur Ermittlung des Mannes stehen. Acht Tage später, am Dienstag, erschien der wohnungslose Lumpenmüller August Leist bei dem Produzentenhändler, um sich das Geld für das Holzzeug abzuholen. A. wies ihn zurück, und Leist wollte nun die Diebstehbeute in der Wägenstraße abgeben. Unterwegs legte er in die „goldene Angel“ ein, um sich die Hosen mit „Zinnit und Luft“ füllen zu lassen, ließ aber den Sack vor der Tür stehen. Während ein Kriminalbeamter ihn beobachtete, um den Diebher zu lernen, kam der bestohlene Schneider zufällig an der Stelle vorbei und erkannte seinen Sack. Er nahm ihn mit, und der Kriminalbeamte verhaftete den bisher unbekanntesten M. Bei seiner Vernehmung gab dieser an, daß er den Sack mit Lumpen an der Central-Warzhalle für 3 M. von einem Bekanntenfreund erworben habe. Seinem Gesuche, ihn freizulassen, damit er den richtigen Dieb der Polizei zuführen könne, wurde nicht Folge gegeben.

Durch einen wäherlichen Einbrecher wurde am Mittwochvormittag der Wäghändler Falbe aus der Wilmersdorferstraße 88 zu Charlottenburg erheblich geschädigt. Tags vorher wurde ihm ein Korridorhändler fürgenommen. Dieser wurde anscheinend benutzt, während die Wohnung unbesetzt geblieben war. Im Zimmer wurde ein Schrank erbrochen, und aus diesem 300 M. in Gold gestohlen. Das vorhandene Silbergeld wurde zurückgelassen. Der Thäter ist noch nicht zu ermitteln gewesen.

Verloren. Im Trauergefolge für unsern Genossen Lieblucht ist dem Mannen Ludwig ein Portemonnaie, enthaltend 68 M., verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird gebeten, gegen entsprechende Belohnung den Fund an Ludwig, Elbasserstr. 14a, Hof I, abzuliefern.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Das Sommerfest, veranstaltet von den Parteilgenossen Schönebergs, findet am Sonntag, den 19. August, von nachmittags 2 Uhr an in Wägher Volksgarten in Wilmersdorf statt. Zum Voraus dieses Festes sind Freunde, Genossen und Genossinnen herzlich willkommen. (Siehe auch Inserat in der Sonntagnummer.)

Friedrichshagen. Der Arbeiter-Bildungsverein hält am Sonntag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal von Conrad, Friedrichstraße, eine Versammlung ab. Auf der Tagesordnung steht ein Referat des Genossen Wagner über: Die wahre und die falsche Heimatspflege. Der Vorstand.

Ein Mordversuch und ein Selbstmord wird aus Charlottenburg gemeldet. Dort hat der Zahnarzt Otto Horwitz seinen älteren Bruder Bruno zu erlösen versucht und sich selbst gleich darauf vergiftet. Die That scheint in einem Zustand von Unzurechnungsfähigkeit begangen zu sein. Ueber den Verlauf des seltsamen Verfalls werden folgende Einzelheiten berichtet: Der am 6. Mai 1865 in Breslau geborene Zahnarzt Otto Horwitz hatte erst vor einigen Monaten im ersten Stod des Hauses Wilmersdorferstraße 152 ein Zahnatelier errichtet. Vorher hatte er eine sehr schmerzvolle Operation am Ohr durchgemacht und auch gegenwärtig litt er wieder an heftigen Schmerzen, die ihn die Notwendigkeit einer zweiten Operation erkennen ließen. Er war verlobt mit der Tochter eines Rentners K. aus der Joachimsthalerstraße. Sein Bruder Bruno Horwitz, der am 6. Dezember 1863 in Breslau geboren ist und in der Steinstraße 9 zu Berlin wohnt, war nach Charlottenburg zu Besuch gekommen. Beide lebten sehr einträglich miteinander; Otto wurde wegen seines Geschwehens, das wohl mit dem Othreiden zusammenhängt, für nicht ganz richtig im Kopf angesehen. Am Mittwochabend waren die Brüder mit der Braut des jüngeren zusammen. Als Otto K. auch bei dieser Gelegenheit wieder über Schmerzen klagte, beschloß Bruno, die Nacht über bei ihm zu bleiben, um nötigenfalls bei der Hand zu sein. Bestern morgen um 7 1/4 Uhr hörten Hausbewohner kurz hintereinander drei Schüsse fallen. Das veranlaßte den Hauswirt Wägher, der in demselben Stod mit Horwitz wohnt und auch die Pförtnerleute, an die Türe der Hohen Wohnung zu klopfen, um sich Aufschluß über das Schicksal zu holen. Otto Horwitz öffnete die Thür, antwortete auf die beglücklichen Fragen, er habe seinen Bruder, der noch im Bett lag, erschossen und ließ auch die Deute ohne Widerspruch eintreten. Er selbst nahm auf einem Sofa Platz und sah sich zu, was die Eintretenden unternahm. Diesen bot sich ein schreckliches Bild. Auf dem Fußboden im Vorzimmer lag Bruno S. in seinem Blute. Er hatte drei Schüsse an der rechten Kopfseite, hinter dem linken Ohr und im Genick erhalten; den blutbesudelten Revolver, aus dem sie abgefeuert waren und der darauf hindeutet, daß Bruno sich geweicht und den Versuch gemacht hat, dem Wägher die Waffe zu entwenden, lag in der Nähe. Da der schwer Getroffene noch Lebendzeichen von sich gab, wurde die neunte Rettungswache in der Kirchstraße benachrichtigt. Als der Reviervorstand mit mehreren

Beamten eintraf, sah der Thäter noch auf dem Sofa und ließ sich ruhig festnehmen. Da er aber gar keine Angaben über die That machte, so merkten die anwesenden Ärzte, daß er Gift genommen hatte, und versuchten durch Auspumpung des Magens die tödliche Wirkung zu verhindern. Das gelang indes nicht, so daß Otto Horwitz auf der Polizeiwache unter den Händen der Ärzte starb. Er hatte Morphium und Kefalin genommen, das ihm aus seinem Beruf zugänglich war. Der verwundete Bruder wurde in einem Koffischen Rettungswagen nach dem Charlottenburger Krankenhaus gebracht, wo er zwar am Mittag noch lebte, aber schwer und vernunftunfähig daniederlag. Die Mutter, die als Witwe eines Arztes noch in Breslau lebt, wurde durch den Draht benachrichtigt. Die Braut, die gleichfalls sofort Kenntnis erhielt, erkrankte persönlich am Thäter, und es spielte sich eine Scene der Verzweiflung ab. Die Kriminalpolizei beschlagnahmte den Revolver und legte die Wohnung unter Verhütung. Man nimmt an, daß Otto Horwitz über die Schmerzen am Ohr und in dem Gedanken an die bevorstehende Operation geistesabwesend geworden sei und in diesem Zustand die That verübt habe.

Wilmersdorf. Die Kaiser-Allee, und zwar von der Ringbahn bis zur Schaperstraße, wird jetzt vollständig umgestaltet und in einen, einer so wichtigen Verkehrsader entsprechenden Zustand versetzt. Die Straßenbahn, welche nur einseitig durch einen Teil der Kaiser-Allee fuhr, wird jetzt doppel-seitig angelegt. Uebens Regulierung und Anweilung der Kaiser-Allee sind aber ganz enorme Erarbeiten erforderlich, da der ganze Straßenbau vom Kaiserplatz an bis zur Berlinerstraße, also auf einer Strecke von mehr als 500 Meter, ganz bedeutend erhöht werden muß. Die tiefste Stelle befindet sich augenblicklich am „Seeschloßchen“ und ist dafelbst eine Aufschüttung von ca. 1 1/2 Meter erforderlich. Die Straße selbst wird mit bestem Wiener Pflaster versehen. Der Kaiserplatz, der jetzt noch einen wässren Eindruck macht, wird zu einem Schmelzplatz umgestaltet, die ihn jetzt mitten durchziehende Fahrstraße wird laffert und um denselben herumgeführt. Gleichzeitig arbeitet man jetzt bei der Herstellung der Annullationsanlagen und die gemauerten, mehr als meterhohen Gullys, die jetzt neben dem Bürgersteige emporragen, geben ein unangenehmes Bild von der zukünftigen Höhe der Straße. Leider wird der wundervolle Baumbestand der Kaiser-Allee zum Teil entfernt werden müssen, und die stehenbleibenden Bäume werden durch die hohe Aufschüttung bedeutend an ihrer Schönheit verlieren. Die verläutet, soll die Umgestaltung der Kaiser-Allee bis Ende Oktober beendet sein.

Der Wägher der Gas-Automaten der englischen Gasgesellschaft, dessen eigenartiger Leid darin bestand, daß er sich bei den Gastonumenten als „Techniker“ ausgab und vornehmlich, eine Veränderung an dem Mechanismus des Automaten vornehmen zu müssen, wobei der schlaue Wägher dann die auf-gelassenen Kessel einsetzte, wurde von der Groß-Wägherfelder Polizei in der Nacht zum Mittwoch abgeführt, als er in Groß-Wägherfeld umherzirkelte. Es handelt sich um den früheren Gasanstalts-Arbeiter Otto Zwick. Er ist arbeitslos, in 20 Fällen in der gefährlichsten Weise Gas-Automaten in Groß-Wägherfeld, Mariendorf, Tempelhof und auch in Berlin ausgeplündert zu haben.

Sociale Rechtspflege.

Gehirnschlag als Folge eines Betriebsunfalls. Der Fabrikwägher Kloboff, der bei der Firma Wägher beschäftigt war, trat am 4. Dezember v. J. seinen Nachmittagsdienst wie sonst an. Am andern Morgen wurde der 63jährige etwas starke Mann benümmungslos auf dem Fußboden liegend aufgefunden. Der hinzugezogene Arzt stellte Gehirnschlag und rechtsseitige Lähmung fest. Als er wieder zur Besinnung kam, erzählte K., er hätte die Fenster schließen wollen und sei dabei mit dem Schemel, den er zu diesem Zwecke bestiegen hatte, umgefallen. Dann habe er die Verletzung verloren. Fünf Tage später verstarb Kloboff infolge des Gehirnslags. Seine Hinterbliebenen erhoben Anspruch auf eine Anwartsrente. Die Norddeutsche Odel- und Lindelmeier-Versicherungsgesellschaft verweigerte ihnen jedoch die Rente und bestreift, daß der Schlaganfall mit dem Verleide ursächlich zusammenhänge. K. hätte wahrscheinlich erst den Schlaganfall erlitten und sei dann vom Schemel gefallen. Die Kläger legten Verurteilung ein. Zum Glück hatte der Buchhalter Gohlke von der Firma Wägher gleich nach dem Bekanntwerden des Unfalls die einzelnen Thatbestandsmomente genau festgehalten, so daß die Klage K. er habe das Fenster schließen, also eine mit dem Betriebe zusammenhängende Tätigkeit verrichtet wollen, und sei dabei abgestürzt, unangreifbar war. Es kam nun darauf an, was die Klage als Entstehungsurache des Gehirnslags ansehen würden. Ein Sanitätsrat Dr. Wägher bezweifelte, daß ein Sturz bei K. die dem Gehirnschlag vorangehende Gehirn-dilatation verschuldet habe. K. habe wegen seines Körperlichen Zustands zu Gehirnblutungen geneigt. Sie hervorgerufen, habe es bei ihm eines Sturzes oder sonstigen äußeren Einwirkung nicht bedurft. Der Herr Sanitätsrat zweifelte auch daran, daß K. überhaupt vom Schemel gefallen sei, was natürlich seines Anns als eines gutachtenden Arztes gar nicht ist. Ein anderer Arzt führte aus, es genüge häufig schon ein Husten oder Niesen, um einen Schlaganfall herbeizuführen. Dr. Wägher vom Krankenhaus Friedrichshain war ebenfalls der Meinung, daß der mterentkrante und sonst noch mit Krankheit behaftete Mann für einen Schlaganfall durchaus disponiert gewesen sei. Dennoch sprach sich Dr. Wägher dahin aus, es erscheine ihm fast ganz sicher, daß der Gehirnschlag und der Tod hier in letzter Linie durch den Sturz vom Schemel bedingt worden wären. Die Erschütterung des starken Körpers durch den Anfall und die plötzliche Hindrucksveränderung während des Falls könnten in ihrem Zusammenwirken den Blutentritt ins Gehirn bewirkt haben. — Das Schiedsgericht hob den Bescheid der Versicherungs-gesellschaft auf und verurteilte diese zur Renten-entwährung. Es führte aus, es habe den Angaben des Schwerverkranten, die der Buchhalter Gohlke bezeugt habe, geglaubt und anerkannt, daß es sich um einen Betriebsunfall handle. Das Gericht gehe davon aus, daß wahrscheinlich der Schlaganfall eine Folge des Sturzes und nicht der Sturz eine Folge des Schlaganfalls gewesen sei. — Die Versicherungsgesellschaft legte Rekurs ein. Eventuell wollte sie die Hinterbliebenenrente nur auf ein Jahr zahlen, weil dem Verstorbenen bei seiner Veranlassung doch keine längere Lebenszeit mehr beschieden gewesen wäre. — Ein sonderbares Vorgehen, nicht nur in rechtlicher, sondern auch in rein menschlicher Hinsicht! — Das Reichs-Versicherungsamt, vor dem der mehrfach genannte Buchhalter die Kläger vertrat, wies den Rekurs der Versicherungsgesellschaft als unbegründet zurück. Der Vorsitzende, Geheimrat Fleischauer, führte aus, daß das Reichs-Versicherungsamt mit dem Schiedsgericht das Vorliegen eines Betriebsunfalls anerkenne.

Eine neue Gruppe von Schneidern hat Herr Geberberichter Dr. Leo entdeckt. Der Schneider K. war von dem Schneidemeister Vortrefflich acht Tage lang als Heimarbeiter beschäftigt worden, dann erhielt K. nur noch wenig oder keine Arbeit. In manchen Tagen bemühte er sich dreimal vergeblich zu Vortrefflich. Schließlich erhob er Anspruch auf die vierzehntägige Kündigungsfrist, die den Heimarbeitern — im Gegensatz zu den Hausgewerbetreibenden — seit längerer Zeit wieder zuerkannt wird. Er verlangte durch Klage beim Gewerbegericht eine vierzehntägige Lohnentschädigung. Der Beklagte gab vor der Kammer I zu, daß Kläger als Heimarbeiter für ihn thätig gewesen sei. Er hätte ihm jedoch, führte er aus, manche Arbeiten nicht übergeben können, weil diese wegen der erforderlichen Schnelligkeit in der Werkstatt hätten angefertigt werden müssen. Doch er K. nur für gelegentliche

Arbeiten ausdrücklich engagiert habe, behauptete der Beklagte nicht. Trotzdem wurde Kläger abgewiesen mit der von Herrn Dr. Leo vortragenden Begründung, daß er nur ein Gelegenheitsarbeiter gewesen sei und deshalb keinen Anspruch auf die 14tägige Kündigungsfrist habe. — Wäre er wirklich ein Gelegenheitsarbeiter nach Engagement und Arbeitsvertrag gewesen, dann ließe sich gegen das Urteil wenig sagen. Das hat aber der Arbeitgeber und Beklagte garnicht einmal behauptet, geschweige denn bewiesen. Das Urteil ist die Folge eines groben Rechtsirrtums. Es widerspricht der stillschweigenden Voraussetzung des Arbeitsvertrags eines Heimarbeiters, wenn der Arbeitgeber, ohne daß dies ausdrücklich ausbedungen war, nicht ständig beschäftigt wird. Mangels einer solchen Abrede kann hier nicht von einem Gelegenheitsarbeiter die Rede sein, da der Arbeitgeber entgegen den Bedingungen des Arbeitsvertrags dem Arbeiter nicht die Gelegenheit zu ständiger Beschäftigung gegeben hat. Der Arbeitsvertrag ist doch schließlich mäßigend, nicht die Willkür des Arbeitgebers, gegen die er noch dazu durch seine Klage protestiert hat.

Gerichts-Beilage.

Alle Warnungen vor Kautionshändlern scheinen bei Stellensuchenden vergebens zu sein. Gestern stand wieder ein solcher, der Kaufmann Theodor K. u. m. a. n. vor der vierten Ferien-Kammer des Landgerichts I. Der bereits zweifach, darunter sechsmal wegen Betruges vorbestrafte Angeklagte hat sechs Personen um ihre sauer erworbenen Ersparnisse gebracht. Er errichtete hier ein „Inkasso- und Hypothekendernittelungs-Bureau und Filialen in Spandau und Potsdam. Obgleich er weder etwas einzulassen noch zu vermitteln hatte, nahm er Comptoiristen, Ober- und Unterkassierer an, von denen er Kautionen in Höhe von 300 bis 500 M. beanspruchte und erhielt. Er versprach, die Beträge bei der Deutschen Bank zu hinterlegen; in den wenigen Fällen, in denen dies geschah, hat er das Geld gleich darauf wieder abgehoben. Er hat seine Angelegten innerhalb eines Jahres um insgesamt 5000 M. geschädigt. — Der Gerichtshof war mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß von der Substanz mildernder Umstände gar keine Rede sein könne.

Das Urteil lautet auf vier Jahre Zuchthaus, 450 M. Geldstrafe, Ehrverlust und Polizei-Aufsicht.

Ein psychologisches Rätsel wurde in einer Verhandlung entrollt, die gestern vor der zweiten Ferien-Kammer des Landgerichts I stattfand. Der schweren Körperverletzung seiner 10jährigen Tochter Maria angeklagt, wurde der Dienarbeiter Johann Friedrich V. e. r. n. d. aus der Unterhändlerhaft vorgeführt. Der Angeklagte, der 5 Jahre im Alter von 8—10 Jahren befiel, ist von einem unerkennlichen Haß gegen seine älteste Tochter erfüllt. Er erklärte, daß er sich selbst keine Rechenschaft für das Geschehene geben könne. Er folge einem unüberwindlichen Drang, wenn er sich zu Mißhandlungen des Kinds hinreißen lasse. Vor zwei Jahren hatte der Angeklagte dem Kinde auf dem Hof spielenden Kind ohne eine Veranlassung einen so wichtigen Schlag mit einem Spatenstiel über den Arm versetzt, daß der Knochen brach. Er erhielt für diese Unthat ein Jahr Gefängnis. Im Oktober v. J. hatte er diese Strafe verbüßt. Es ging längere Zeit gut, der Angeklagte, der ein nichtsterner und arbeitsamer Mann ist, bezwang seinen Haß gegen das Kind. Wie er angab, kam es im Juli d. J. wieder über ihn, er vermochte den Drang, das Kind zu mißhandeln, kaum zu bezwingen. „Ich konnte es nicht leben!“ erklärte der Angeklagte. Eines Abends sei er todmüde von der Arbeit, stelle noch Hause gekommen. Auf der Straße vor seiner Haustür habe sein Kind geschrien. Als es ihm zu Gesicht gekommen sei, habe ihm eine innere Stimme zugerufen: „Nehme nun, sonst mußt Du es schlagen!“ Er sei auch scheinmüde umgekehrt und habe eine Schraubenschlüssel aufgeschraubt, wo er bis gegen 12 Uhr gewartet habe, als er annehmen durfte, daß das Kind schlafen würde. Einige Tage später habe er vergebens darauf gewartet, daß seine Tochter ihm Kaffee nach dem Bau bringen sollte. Er habe sich bei der schweren Arbeit ohne Morgendehne behelfen müssen. Am Nachmittag sei seine Tochter mit Kaffee gekommen. Er habe sie gefragt, weshalb sie des Morgens nicht gekommen sei. Sie habe erklärt, sie sei so müde gewesen, daß sie die Zeit verschlafen habe. Darauf habe er ihr eine Tasse Kaffee gegeben, daß sie auf einen hinter ihr liegenden umgestülpten Kaffelassen gesessen sei. Daß er sie noch weiter gemißhandelt haben sollte, habe er erst später erfahren, er selbst könne sich dessen nicht entsinnen. Es sei ihm vor Jahren einmal ein Stein auf den Kopf gefallen und sein Gedächtnis habe dadurch gelitten. Seine Tochter, ein niedliches, zartgebautes Mädchen, bekundete, daß der Vater, nachdem sie auf dem Kaffelassen niedersinken sei, mit dem Fuß, der mit einem schweren Holzspantinen besetzt war, nach ihrem Gesicht geschlagen habe. Er habe sie auf den Mund getroffen, wodurch die Oberlippe platze und ihr zwei Vorderzähne ausgefallen wurden. Nachdem ihr Vater aus dem Gefängnis herausgekommen sei, habe er sie sonst nie geschlagen. Der medizinische Sachverständige, Sanitätsrat Dr. Wittenzweig, bezeugte, daß gar keine Veranlassung vorliege, an dem Gesundheitszustand des Angeklagten zu zweifeln, er sei eben ein jähriger Mensch, der seiner Arbeit die Fügel schieben lasse. Staatsanwalt Dr. K. u. g. bedauerte, daß die unglückliche Familie durch die schwere Strafe, die den Angeklagten treffen müsse, mit leiden müsse, hoffentlich werde anderweitig für sie gesorgt werden. Er beantragte gegen den Angeklagten 2 Jahre Gefängnis. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, regte Zweifel an, ob der Angeklagte doch völlig zurechnungsfähig sei, er hielt eine Untersuchung auf dessen Geisteszustand für notwendig. Der Gerichtshof lehnte diesen Antrag ab und verurteilte den Angeklagten zu einem Jahr Gefängnis.

Der Geschäftsführer des „Vereins zum Schutze der Kinder vor Ausnutzung und Mißhandlung“ wohnte der Verhandlung bei. Der Verein wird versuchen, das unglückliche Kind in seiner Obhut zu bekommen.

Wegen Vergehens gegen die §§ 2 und 13 des Vereinsgesetzes war der Parteigenosse F. e. l. s. angeklagt worden, weil er als Vorsitzender des sozialdemokratischen Vereins zu Altona einer Aufforderung der Polizei, ihr ein Mitgliederverzeichnis einzureichen, nicht gefolgt war. F. e. l. s. bestritt, hierzu verpflichtet gewesen zu sein, da im Jahre 1892 nach der Gründung des Vereins der damalige Vorstand ein Verzeichnis eingereicht habe und inzwischen auch alle Änderungen im Mitgliederbestande der Polizei angezeigt worden seien. Das Schöffengericht verurteilte jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 15 M., eventuell 6 Tagen Haft und das Landgericht verwarf seine hiergegen eingelegte Berufung mit folgender Begründung: Der sozialdemokratische Verein wolle unzweifelhaft auf öffentliche Angelegenheiten einwirken, unterstehe also dem § 2 des Vereinsgesetzes. Danach seien aber die Vorsteher solcher Vereine nicht zur Verpflichtung, Statuten und Mitgliederverzeichnis binnen drei Tagen nach der Stiftung der Behörde einzureichen und dieser jede Änderung der Mitglieder und der Statuten binnen drei Tagen, nachdem sie eingereicht ist, anzugeben, sondern auch auf Erfordern jede darauf bezügliche Auskunft zu erteilen. Diese Verpflichtung zur Auskunftserteilung umfasse auch die Einreichung eines vollständigen Mitgliederzeichnisses, wenn ein solches verlangt werde. Dabei sei es dann gleichgültig, ob bereits ein Mitgliederverzeichnis zur Zeit der Stiftung eingereicht worden sei und ob der Vorstand in der Zwischenzeit alle Änderungen der Polizei mitgeteilt habe. F. e. l. s. hätte deshalb dem Verlangen der Polizei nachkommen müssen. — Der Angeklagte legte Revision ein und sein Vertreter vor dem Kammergericht, Dr. Koppel, machte geltend, der § 2 sei vom Landgericht falsch ausgelegt worden. Die Verpflichtung zur Auskunftserteilung könne unmöglich die Verpflichtung zur neuerlichen Einreichung eines vollständigen Mitgliederzeichnisses umfassen. Es wäre vielmehr anzunehmen, daß der Vorstand nur verpflichtet sei, über irgend einen bestimmten Punkt Auskunft zu erteilen, Anfragen zu beantworten. Die Antwort

auf eine Frage sei aber ganz etwas anderes, als die Neueinreichung eines Mitgliederzeichnisses. — Der Oberstaatsanwalt ersuchte um die Zurückweisung des Rechtsmittels und betonte, daß hier ein Streit um kaiserliche Part gegeben werde. Wenn die Polizei anfragen würde, welche Mitglieder dem Verein angehörten, dann müßte der Vorstand ja doch als Auskunft auf diese Frage ein vollständiges Mitgliederverzeichnis einreichen. Der Strafrichter des Kammergerichts schloß sich dieser Auslegung und der des Landgerichts an und verwarf die Revision als unbegründet. Angeklagter wäre verpflichtet gewesen, die Auskunft durch Einreichung des Mitgliederzeichnisses zu erteilen.

Versammlungen.

Die Möbelpolierer (Zentrale Nord) hielten am 13. August ihre regelmäßige Monatsversammlung ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrten die Anwesenden in üblicher Weise das Ableben unfres Genossen Liebknecht. Der Bevollmächtigte, Kollege Brud, widmete dem Verstorbenen einen warmen Nachruf. Alsdann hielt Kollege Paul Wehle einen Vortrag: „Ausbau unserer Organisation“. Die Diskussion war eine sehr rege. Der Kollege Max Kaufmann wurde als Kassierer für den Norden gewählt. — Unter Verbandsangelegenheiten kamen einige Persönlichkeitsangelegenheiten zur Sprache, wo die Zerkünder in krasser Art gehandelt wird. Es kam über diesen Punkt zu stürmischen Auseinandersetzungen. Unter Verschiedenes wurde bekannt gegeben, daß am 25. August ein Sommerfest stattfindet, das von 16 Gesangsvereinen mit 400 Sängern veranstaltet wird. Alsdann schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Die Holzbearbeitungsmaschinen-Arbeiter Berlins und der Umgegend hielten am 13. d. M. im Englischen Garten, Alexanderstr. 27c ihre regelmäßige Mitgliederversammlung ab. Vor Beginn der Tagesordnung gedachte der Vorsitzende zunächst in bewegten Worten des plötzlichen Ablebens unfres greifen Vorkämpfers Wilhelm Liebknecht, zu dessen Ehre sich die Versammelten von ihren Plätzen erhoben. Darauf hielt Genosse Wagner einen mit Beifall aufgenommenen Vortrag über „Die falsche und wahre Heimtücke.“ Danach kam ein in der vorigen Versammlung zurückgehaltener Antrag zur Verhandlung: „Unsere Verbandsversammlungen von jetzt ab im Gewerkschaftshaus, Engel-Allee, abzuhalten.“ Hierzu hatte Kollege D. a. g. e. b. o. r. n. einen Antrag gestellt: „Da die heutige Versammlung schwach besucht ist, nicht über den vorliegenden Antrag zu verhandeln, sondern bis zur Generalversammlung denselben zu vertagen.“ Letzterer Antrag wurde abgelehnt und ersterer mit knapper Majorität angenommen. (Die nächsten Verbandsversammlungen werden im Interimstempel des „Vorwärts“ bekannt gegeben.)

Man beschloß sich zunächst mit den Wahlen; es wurden als Beiratsmitglieder für Bezirk Süd-West Kollege S. a. u. e. r. und W. e. g. e. n. e. r. gewählt.

Ueber das Vorgehen der Möbelpolierer betreffend „Jahreshaltung“ des Kartellverhältnisses sprach man sich sehr mißbilligend aus und es gelangte schließlich folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: „Die Versammlung verurteilt das Verhalten der Möbelpolierer betreffend des Kartellverhältnisses der Holzarbeiter und der Maschinenarbeiter und hält nach wie vor am Kartell fest.“

Kollege Sauer gab alsdann bekannt, daß sich die Arbeiter in einer Lohnbewegung befinden, und ersucht die Kollegen, daß sie jede Streikarbeit ablehnen mögen.

Nachdem noch einige Verbandsangelegenheiten erledigt waren, erfolgte Schluß der Versammlung.

Der deutsche Holzarbeiter-Verband hielt am 15. August für Wedding und Gesundbrunnen eine Bezirksversammlung ab, in der zunächst das Andenken unfres Liebknechts in würdiger Weise gekehrt wurde. Sodann hielt Genosse W. a. n. s. t. über das Unfall-Versicherungsgesetz einen Vortrag, dem eine rege Diskussion folgte.

Der Verein deutscher Schuhmacher hielt am 13. d. Mts. im Gewerkschaftshaus eine stark besuchte Mitgliederversammlung ab, welche sich mit der bevorstehenden Urabstimmung über die obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Krankenzusatz-Kasse beschäftigte. Leider hatte der in Aussicht genommene Referent, Otto Käber, welcher für die Einführung sprechen wollte, es in letzter Minute, abgelehnt, das Referat zu halten, so daß sich die Versammlung mit den Ausführungen des Korreferenten begnügen mußte. Dieser erklärte zunächst, daß er zwar grundsätzlich gegen die Einführung der obligatorischen Arbeitslosen-Unterstützung sei, sich jedoch bei Verteilung dieser Frage von rein faktischen Erwägungen leiten lasse. Er sei davon überzeugt, daß früher oder später diese Art der Unterstützung von den meisten Gewerkschaften eingeführt werde. Bei den Schuhmachern sei die Einführung der geplanten Keuerung gegenwärtig nicht angängig, weil der Fertigungsprozess des Handwerks durch die Errichtung mechanischer Betriebe noch nicht weit genug vorgeschritten sei. Durch die Erhöhung der Beiträge würde den schlecht entlohnerten Schufschuhamachern die Teilnahme an der Organisation erschwert, während sie keinen den Leistungen entsprechenden Vorteil durch diese Unterstützungen hätten. Unlauteren Elementen sei es allerdings möglich, diese Einrichtung herbeizuführen zu können, da durch die vorherrschende Hausindustrie die Kontrolle bei Arbeitslosigkeit ungemein erschwert werde. Die Diskussionsredner sprachen mehr oder weniger im Sinne des Referenten; von der Annahme einer Resolution wurde jedoch Abstand genommen und es jedem Mitglied überlassen, nach seiner Ueberzeugung zu stimmen. Die Formalitäten, unter welchen die Abstimmung vor sich zu gehen hat, werden von der Ortsverwaltung demnächst bekannt gegeben werden. Mitglieder, welche länger als acht Wochen restieren, dürfen an der Abstimmung nicht teilnehmen. Von dem geplanten Auszug, der eingetretener Ereignisse halber zweimal aufgeschoben wurde, nahm die Versammlung eidgültig Abstand.

Der sozialdemokratische Verein „Vorwärts“ zu Nizdorf hielt am 14. d. Mts. seine regelmäßige Versammlung im Lokal von Lauer ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete der Vorsitzende dem Genossen W. Liebknecht einen tiefempfindlichen Nachruf und ehrten die Versammelten das Andenken des großen Toten durch Erheben von den Plätzen. — Alsdann sprach Genosse Th. Wegner über „Weltmachtspolitik und Arbeiterbefreiungen“, wobei er zu einer scharfen Beurteilung der Weltmachtspolitik kam. Eine Debatte schloß sich an den Vortrag nicht. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurde die Versammlung geschlossen.

In Groß-Lichterfelde fand am Mittwoch eine gut besuchte Parteiversammlung statt. Nach einem kurzen Nachruf des Genossen Vogheimer ehrte die Versammlung das Andenken Liebknechts durch Erheben von den Plätzen. — Genosse Wegner sprach dann unter lebhaftem Beifall über „Weltmachtspolitik und Arbeiterbefreiungen“. Eine Diskussion des Vortrags wurde nicht beliebt. Eine Resolution, die sich gegen die Weltmachtspolitik der herrschenden Klassen ausspricht und die Einberufung des Reichstags wegen der deutschen Rüstungen gegen China verlangt, fand einstimmige Annahme. Vogheimer referierte über die bevorstehende Kreisversammlung und den Parteitag in Mainz. Als Delegierte zur Konferenz wurden gewählt: Vogheimer, Ferd. Lehmann und Wenzel.

Die Versammlung nahm mit großer Majorität einen Antrag auf zweimaliges tägliches Erscheinen des „Vorwärts“ unter gleichzeitiger Uebernahme der Expedition in eigene Regie an.

Nach Erledigung der Tagesordnung erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

In Dammshulstweg fand am Mittwoch eine leider nur mäßig besuchte Parteiversammlung statt. Paul Jahr referierte über „Weltmacht und Kolonialpolitik“ unter reichem Beifall der Anwesenden. Genosse Gerich ergänzte die Ausführungen des Referenten, indem er auf die vermeintlich „berechtigten“ Gewaltspolitik in China verwies, deren Bekämpfung die Aufgabe der internationalen Sozialdemokratie sein müsse. (Beifall.) Da Anträge zum kommenden

Parteitag seitens der Genossen nicht gestellt waren, wurde auch von einer Besprechung über den neuen Organisations-Entwurf Abstand genommen. Als Delegierte zur bevorstehenden Kreisversammlung wurden Karow und Milley einstimmig ernannt. Der Vorsitzende Krebs machte noch darauf aufmerksam, daß Einladungen zu dem vom Verein „Vorwärts“ angeregten Besuch der Sternwarte in Treptow Sonntag, den 26. August, noch beim Genossen Krone und bei den Vorstandsmitgliedern zu haben sind. Parteischriften, besonders der Bericht des Parteivorstands, sind jederzeit beim Parteiprediger zu haben.

Das Andenken Wilhelm Liebknechts ehrte vor Beginn der Tagesordnung die Versammlung durch Erheben von den Plätzen.

In Schwargendorf fand am 14. August eine Parteiversammlung statt, in welcher Kirchner über unsere Stellung zur Steuerpolitik der Regierung sprach. Vor Eintritt in die Tagesordnung widmete Peters unfrem verstorbenen Liebknecht einen Nachruf. Als Delegierte zur Kreisversammlung wurden Rapp, Geigle und Schicks gewählt; zum Mitglied der Lokalkommission ernannte die Versammlung den Genossen Jantowski.

Friedrichsfelde. Donnerstag, den 9. d. M., tagte hier eine öffentliche Parteiversammlung, in welcher zum 1. Punkt der Tagesordnung Genosse Theodor Wegner über das Thema: „Hat die Sozialdemokratie ein Interesse an der Gemeindevertretung?“ referierte. Ehe in die Tagesordnung eingetreten wurde, ehrte die Versammlung das Andenken unfres leider so schnell verstorbenen Kämpfers und Genossen Wilhelm Liebknecht in üblicher Weise. Hierauf nahm der Referent das Wort zu seinem Vortrag. Er führte aus, daß in Anbetracht der großen Mißstände im Gemeinde-Verwaltungswesen die Arbeiterkraft mit aller Kraft dafür einzutreten habe, daß dieselbe sich und Stimme in der Gemeindevertretung bekomme. Redner erntete volle Zustimmung der Versammlung. Als Delegierte zur Konferenz des Niederbarnimer Kreises wurden die Genossen Bedemeyer, Wolf und Terasowski gewählt. Sodann machte der Vertrauensmann darauf aufmerksam, daß dies die letzte öffentliche Parteiversammlung für Friedrichsfelde sei, da in Zukunft alle öffentlichen Angelegenheiten der Partei durch den hier am Ort bestehenden Wahlverein erledigt würden. Zum Schluß forderte der Vorsitzende in energischer Weise alle anwesenden Genossen an, Mitglieder des Wahlvereins zu werden, da es der Sozialdemokratie nur dann möglich wäre, recht bald zum Ziele zu gelangen, wenn die gesamte Arbeiterkraft sich politisch organisiert habe.

Berliner Kranken-Unterstützungs- und Begräbnis-Verein für Frauen und Mädchen, gegr. 1892. Heute abend 9 Uhr in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 20: geschäftliche Sitzung. Aufnahme neuer Mitglieder.

Vermishtes.

Aus Gleiwitz wird vom Donnerstag berichtet: Heute vormittag 10 Uhr entstand in Radzionau Großfeuer in der Nähe des Bahnhofs, wie man vermutet, durch die Funken einer vorüberfahrenden Lokomotive. Es herrschte heftiger Sturm aus westlicher Richtung. Der Brand übertrag sich durch Flugfeuer auf die Nachbargebäude, überbrang noch Osten die Dorfstraße und legte in wenigen Stunden etwa 50 Wohn- und Nebengebäude, darunter mehrere große Arbeiterhäuser in Asche. **Etwa 150 Familien dürften obdachlos sein.** Gegenwärtig stehen noch mehrere Gebäude in Flammen. Der Schaden ist sehr groß; viele kleine Leute haben nichts versichert. Ob Menschen verunglückt sind, steht noch nicht fest.

Ein teuere Eid. Vor einiger Zeit verteilte in Saalfeld (Ostpr.) ein in einer Strafsache als Zeuge geladener christlicher Herr dem als Richter antretenden jüdischen Assessor den Eid mit der Begründung, daß er als Christ nur vor einem christlichen Richter schwöre. Er wurde daraufhin zu 200 M. Geldstrafe und Tragung der Kosten für den neuen Termin verurteilt. Seine Beschwerde beim Landgericht Braunsberg erlebte Abweisung. In dem neuen jetzt stattgefundenen Termin antwortete derselbe Richter und der Zeuge leistete nun den Eid mit den Worten: „Gezwungen durch die Gewalt des Staats, will ich den Eid leisten!“ Es folgte diesen Worten natürlich die Anfechtung einer Buße von 100 M., so daß dem Herrn der Eid rund 380 M. gekostet hat.

In dem Pestfall in Hamburg wird von dort berichtet: Aus der Quarantäne-Anstalt bei Groden sind am Sonntag die dort interniert gewesenen Passagiere und Mannschaften des Dampfers „Rosario“ wieder an Bord gebracht worden. Bei keinem haben sich Symptome einer Krankheit gezeigt. Wie bei der Ausschiffung und Ueberführung in die Quarantäne-Anstalt haben die Passagiere auch bei der direkt vom Kneißler Seedeich aus erfolgten Einschiffung den Ort Rughaven nicht betreten, sind auch mit keinem Einwohner von Rughaven auf dem Hin- und Rückwege in Verbindung gekommen. Statt mit 70 Passagieren, die in die Quarantäne-Anstalt gebracht wurden, ist der „Rosario“ mit 71 am Sonntagmorgen in See gegangen. Eine Frau, die sich unter den zu beobachtenden Leuten befand, hat nämlich einem Baby das Leben gegeben.

Die Mutter im Schweinefall. Ueber eine empörende Herzlosigkeit des eignen Sohnes gegen seine Mutter wird aus Varnsdorf gemeldet: Der Barbier K. hatte seine Mutter bei sich wohnen. Seit längerer Zeit war es aufgefallen, daß die Frau nicht mehr sichtbar war, und als man K. nach dem Grunde ihres Verschwindens befragte, erklärte er, daß seine Mutter verstorben sei. Vor kurzem waren Gerüchte laut geworden, daß die alte Frau von ihrem Sohn eingesperrt gehalten werde, insbesondere wollten fremde Kinder, die mit den Kindern des K. auf dem Hof spielten, durch ein Loch des Schweinestalls ein graufiges Gesicht gesehen haben, das die Köpfe der Kinder als das einer Heze bezeichneten. Ferner hatten Anwohner des Hofes bemerkt, wie nach dem Schweinestall Essen getragen wurde. Auf Anzeige bei der Polizeibehörde wurde der Sache nachgesehen und dabei die 70jährige Frau in elendestem Zustande im Schweinestall vorgefunden. Sie soll dort seit fünf Monaten gelegen haben. Ihr Körper starrte über und über von Schmutz und Ungeziefer und der ganze Leib war mit Wunden bedeckt. Ihr Lager bestand in einem Strohhause, der mit Kot besudelt war. Man hat die klagenswerte Frau bei fremden Leuten untergebracht. Die ganze Stadt ist über das Geschehene empört, zumal K. ein wohlhabender Mann und Hausbesitzer ist. Er ist bereits in Haft genommen.

Bei dem Unfall, der sich, wie wir bereits berichteten, am Mittwoch in Paris durch den Zusammenstoß eines Motorwagens mit einem Pferdebahnwagen ereignete, haben 35 Personen Verletzungen davongetragen. Jedoch schwebt keiner der Verunglückten in Lebensgefahr.

Ein Auf. Aus London wird berichtet: Ein Prozeß, zu dem die folgende heitere Episode die Veranlassung gab, hat in London viel Stoff zur Heiterkeit gegeben. Lady A. . . ließ eines Tags ihren Wagen vor dem Hause eines Musikhändlers halten, trat eilig ein und ließ sich einige Musikstücke geben. Sie bezahlte ihre Rechnung und verließ den Laden. Aber bald kam ihr ein neuer Einfall. „Ach“, sagte sie, „ein Auf, ehe ich fortfahre.“ Der Ladenbesitzer betrachtete seine hübsche Kundin, schwankte eine Sekunde, dann lachte er sie an und drückte einen glühenden Auf auf ihre Wange. Entsetzen der Gräfin, Hilferufe, Duzankunft des Chefs, der den Aufgestellten jogleich vor die Thür legte, alles war das Werk eines Augenblicks. Der unglückliche Kommiss wurde nun kürzlich vor den Gerichtshof citiert, weil er seine Kundin gewaltthätig behandelt hatte. Er konnte sich aber verteidigen und wurde freigesprochen. „Teufel“, sagte der junge Mann vor Gericht, „ich wußte nicht, daß es sich um ein Musikstück handelte!“ — Das ist ein Wink für die Komponisten, in der Wahl ihrer Titel vorsichtiger zu sein!

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Montag, Dienstag und Freitag von 7—9 Uhr abends statt.
Herrn Dr. Charlottenburg giebt es keinen jüdischen Friedhof. Bei einer Kirchengemeinde war man im Zweifel, ob die nötige Erlaubnis erteilt wurde.

Achtung! Zimmerer. Achtung!

(Vertrauensmänner-Centralisation.)

Sonntag, den 19. August cr., vormittags 10 Uhr, bei Cohn, (gr. Saal), Venthstr. 20, 1 Tr.:

Mitglieder = Versammlung des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Vortrag über: Arbeiterbewegung früher und jetzt. Referent: Reichstags-Abgeordneter E. Rosenow. 3. Diskussion. 4. Gewerkschaftliche Fragen. Es erwartet pünktliches und vollständiges Erscheinen der Mitglieder. Der Vorstand. S. K.: Johnny Dittichen.

Fachverein der Musikinstrumenten-Arbeiter und Berufsgenossen Berlins und Umgegend.

Montag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Graumann, Rannunstraße 27: 142/7

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Regelung der 1896 übernommenen Verpflichtungen. 4. Abrechnung vom Sommer. Mitgliedsbuch legitimiert. In dieser Versammlung gelangen Bilets zum Stiftungsfest zur Ausgabe; daselbe findet am Sonnabend, den 15. September, in „Sandsouci“, Rottbuecherstr. 4a, unter Mitwirkung von Hofmanns Norddeutsches Sängerbatt. Bilets für Herren 50 Pf., für Damen 30 Pf. Der Vorstand.

Fachverein der Holz- u. Bretterträger Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 19. August, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Graumann, Rannunstraße 27:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Bericht des Vorstands. 2. Neuwahl des gesamten Vorstands. 3. Vereinsangelegenheiten. Mitgliedsbuch legitimiert. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand. S. K.: Paul Karnal.

Achtung, Schmiede u. Kesselschmiede!

Freitag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr, im Englischen Garten, Alexander-Strasse 27 c:

Große öffentliche Versammlung der Schmiede und Kesselschmiede Berlins und Umgegend.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Kollegen Lange aus Hamburg über: Die Auspeirung der Hamburger Werftarbeiter. 2. Verschiedenes. Es ist Pflicht eines jeden Kollegen, in dieser Versammlung zu erscheinen, um Protest einzulegen gegen das rigorose Vorgehen einer kleinen Clique von Kapitalisten, welche unsere Arbeitsbrüder aus Hofen geworfen haben. Der Einberufer.

Sattler!

Sonntag, den 18. August, abends 8 Uhr, im großen Saale des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung: Der Generalkongress der Berliner Militär-Sattler. Sämtliche Berliner Kollegen müssen anwesend sein. Die Lokalkommission.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, den 17. August, abends 8 1/2 Uhr: Sitzung der Orts-Verwaltung im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Deutsch. Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.

Bureau: Engel-Ufer 15, Zimmer 1-5. Fernsprecher: Amt VII, 353.

Sonntag, den 19. August cr., vormittags 10 Uhr:

Versammlung

der Heizungs-, Gas- und Wasser-Rohrleger und Helfer in Kellers Kesseln, Koppentstraße 29.

Tages-Ordnung: Berichterstattung über das Ergebnis der nachmaligen Verhandlungen mit den Unternehmern und Beschlußfassung hierüber.

Vertrauensmänner-Konferenzen:

Moabit: Sonnabend, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im Lokal des Herrn Fischer, Neufelderstr. 9.

Klempner: Montag, den 20. August, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Sonntag, den 26. August cr., findet gemeinschaftlich mit den Stettiner Kollegen eine Dampferpartie nach Swinemünde statt. Abfahrt am Sonnabend, den 25. August, abends 10 Uhr 35 Min. ab Stettiner Bahnhof. Rückkunft Sonntag nachts 1 Uhr 30 Min. Preis des Bilets für Hin- und Rückfahrt 3 M. Dampferbiletts a 1,25 M. von Stettin bis Swinemünde und zurück sind bis zum 22. August im Verbandsbureau, Engel-Ufer 15, erhältlich. 117/3

Centralverband der Elektromonteuere und Berufsgenossen Deutschlands, Sektion Berlin.

Sonntag, den 18. August, abends 8 1/2 Uhr, im Restaurant Hummel, Sophienstraße Nr. 5:

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht. Um zahlreiches Erscheinen ersucht. Der Vorstand.

Verband des technischen Bühnen-Personals.

Sonntag, den 18. d. Mts., abends 11 Uhr, Neue Köhlerstraße 3:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Weyl. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. Um zahlreiches Besuch ersucht. Der Vorstand.

Bereindentscher Schuhmacher.

Sonntag, den 18. d. Mts., abends 8 1/2 Uhr:

Versammlung der Schäftearbeiter- u. -Arbeiterinnen

bei Schiller, Rosenhägerstr. 57.

Tages-Ordnung: 1. Die Urabstimmung über die obligatorische Einführung der Arbeitslosen- und Kranken-Zusicherung. 2. Verschiedenes. Zahlreiches Besuch ersucht. Die Ortsverwaltung.

Fliesenleger!

Freitag, den 17. August 1900, abends 8 Uhr:

Öffentliche Versammlung

bei Schulz, Grenadierstraße 33.

Tages-Ordnung: Erläuterungen zu dem neuen Tarif. 57/11

Treptow. Restaurant Karpfenteich.

Jeden Sonntag: Frei-Konzert. Im Saale Tanz. Lossow

10 Jahre Garantie. Vollkommen schmerzloses Zahnziehen i. M. Plomben 1,50 M. Teils. wöchentl. 1 M. Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechst. 9-7.

Achtung! Kupferschmiede!

Sonntag, den 18. August, abends 9 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15:

Versammlung.

Tages-Ordnung: Stellungnahme zur Lohnbewegung der Gas-, Wasser- und Heizungs-Rohrleger. Sämtliche Kollegen, die in diesem Fach arbeiten, sind hierzu besonders eingeladen. Der Vorstand.

Dauaufgung.

Für die fibrenad zahlreich eingegangenen bezüglichen Beschlüssen aus Anlaß unserer am 15. d. Mts. stattgefundenen fibrenad Besprechung sagen wir hiermit unsern innigsten Dank. Ernst Bader und Fran. Gr. Frankfurterstr. 34. [2391b]

Zahn-Klinik Vr. Zeitshla. Frau Olga Jacobson, Dent. 84/2* Zuvaldenstr. 145.

W. Noacks Festsäle, Brunnenstr. 16.

Empfehle meine Säle für Vereine und Gewerkschaften unter constanten Bedingungen. Auch sind noch Sonnabende im Monat Oktober, November und Dezember zu vergeben. [2233b*]

Deutsche Schuh-Fabrik

vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H. Erfurt-Ilversgehofen. Renommiertes Fabrikat. Beste Zuthaten. Wir empfehlen: Herren-Zugstiefel, gewaltig, Spezialität 7 M. ohne Rohf., Zylinder 8,50 M. Befehl u. Knopfbewehrung 3,00, 4,50, 5,50, 6,50, 7,50 bis 15 M. Agrarstiefel, Befehl, 6,50, 7,50, 8,50 bis 18 M. Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe in den verschiedensten Dessins und Preislagen. Arbeitschuhe, verk. halt., kräftig, 4,50 bis 6,50 M. Schafstiefel, Reitstiefel. Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 M. Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befehl u. Spitze, von 3,50 M. an. Schnürschuhe von 3,00 M. an. Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe, äußerst solid gearbeitet, zu anerkannt sehr billigen Preisen. Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 M. an. Größte Auswahl in Gummi-, Turn-, Reise- u. Filzschuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen. Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf die Sohlen angestempelt, daher jede Uebervorteilung ausgeschlossen. [4953b*]



Verkaufsstellen: Berlin SW., Belle-Alliancestr. 102. W. Schillerstr. 12. Steint., Neilschlagstraße 14. Hannover, Klagenmarkt 7a. Hamburg, Sternstraße 18. Bremen, Pantelstraße 75. Düsseldorf, Schadowstraße 57. Köln a. Rh., Eigelstein 66. Frankfurt a. M., Neustaatenberg 29. Berl. 67. München, Sendlingerstraße 10. Danzauerstraße 83. Landbergerstraße 7. Humboldtstr. 22. Amalienstr. 25.

Jedes 5 Pfennig. Wort: 5 Nur das erste Wort fett. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen.

Anzeigen für die nächste Nummer werden in den Annoncenstellen für Berlin bis 2 Uhr, für die Vororte bis 1 Uhr, in der Hauptexpedition Bonifatiusstr. 9 bis 4 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Wegen Uebernahme größerer Reparaturen verkaufe gangbare Schaufelwirtschaft. Götterstraße 35, Schöneberg. +105*
Edelholz verkauft, Inventarpreis, Gollion, Neue Hochstraße 25. +61/9*
Reiten, Steppdecken, postbilig, Leihhaus Reanderstraße 6.
Reparaturarbeiten, goldene, Regulatoren, postbilig, Leihhaus Reanderstraße 6. 25/12*
Teppiche, Gardinen, postbilig, Leihhaus Reanderstraße 6.
Großes Lager von Berliner Hausratmöbeln sowie auch Schränken in jeder Größe für Bauhandwerker hält an Lager Kärner, Götterstraße 65. +72*
Wanzen! Füllbretter, auch ganze Tafeln, stets vorrätig, Ost-Varay, 61, nur Potsdamerstraße 61. Bitte aufpassen. 15445*
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, postbilig, auch einzeln, Gartenstr. 32A, 1. Unts. +141
Galbrenner 155 Markt, Tourenmaschine 125 Markt, Damentrad 150 Markt, Landbeden 10 Markt, jedes ein Jahr Garantie. Matern, O., Straußbergerstraße 24. +131*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme, auch vor- und rückwärts nähend, ohne Anjahlung, wöchentlich 1 Markt, Lieferung sofort, Postkarte. Landsberger, Landbergerstraße 35. Rein Laden. +129*
Nähmaschinen sämtlicher Systeme ohne Anjahlung, Woche 1 M., fünfjährige Garantie, Bekleidung Postkarte. Nähmaschinen-Geschäft Wille, Myrdorff, Berlinerschstraße 84, nahe Hermannplatz.
Möbelverkauf zu soliden Preisen auch Teilzahlung. Admer, Sedowstraße 51. 22025
Abeliner Feld, Gartenbrunnen, Tische, Stühle, Bänke, Spaten, Bügel, Karl Kaufmann, Wollenschloßstraße 19, am Urban. [21/25*]
Stare, eine Markt, Junge, lernen sprechen, pfeifen, Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 19865*

Bayrisch Bier 45, Weibier 50 Flaschen 3 Markt, Andreasstraße 63, Bauereierhandl. 2160b
Tischlerei (Kassensystem) mit guter Rundschiff, 6 Bänke, Bandluge und sämtlichem Zubehör, an zahlungsfähigen Käufer sofort zu verkaufen. Näheres Blumenstraße 35, Hof 4 rechts, von 7-9. [240b
Nähmaschinen-Geschäft von Deje, Bernauerstraße 42, liefert jedes bessere Fabrikat ohne Anjahlung, wöchentlich 1,00. Fünfjährige Garantie. Bekleidung Postkarte erledige sofort. 126/5*
Nähmaschinen-Geschäft von Frige, Lurmerstr. 29, schnellste Lieferung nach allen Stadtteilen. Sämtliche Systeme. Wöchentlich 1,00 ohne Anjahlung. Fünfjährige Garantie. Bekleidung Postkarte erledige sofort.
Teilkasson, neben dem Gewerkschaftshaus, ganz sichere Erfindung, sofort verlässlich, Engel-Ufer 12. +1120*
Kinderstühle, „Baby“, Charlottenburg, Wilmsdorferstraße 55. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Teilkasson, „Baby“, Weindorferstraße 24. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Sportwagen 2, - bis 30, - „Baby“, Friederichstraße 18 (Bestelstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Sportwagen, „Baby“, Brunnenstraße 92. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Kinderwagen auf Teilzahlung ohne Verleihen, „Baby“, Oranienstraße 31 (Abalderstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Teilkasson 2, - bis 60, - „Baby“, Gausstraße 8. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Kinderwagen, Kleiner, Kindswahl, „Baby“, Franzfurterstraße 115 (Andreasstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Kinderwagen, Aderal, Bielefeld, „Baby“, Spandauer, Weidenerstraße 30. Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise.
Kinderwagen 9, - bis 15, - bis 100, - „Baby“, Zuvaldenstraße 160 (Oranienstraße). Teilzahlung gestattet, bei großen Raten Kassapreise. [2520*

Damenböden billig, Holz, Wein, bezugslos 13b. 918b
Gardinenband Große Franzfurterstraße 9, parterre. +330*
Teppiche mit Herdenfletern, Fabrikablieferung Große Franzfurterstraße 9, parterre. +133*
Fahrrad verkauft billig, Gerhardt, Köpenickerstraße 153, Hof 1. 75*
Wasserkasson, stählend, für Wein, Brant, Schokolade, Gewichtszunahme, bessere Geschmacksfarbe, abwechselnd, 14 Flaschen 3 Markt, 1/2 Tonne 3,50 erhaltene. Nicht abzugeben, Qualität entscheidet. Postkarte! Ringler, Brunnenstraße 132. [84/11
Vorjährige elegante Herrenpaletots und Anzüge aus feinsten Stoffen 25-40 Markt. Verkauf Sonnabend und Sonntag. Verbandsband Germania, Unter den Linden 21 II.
Kleine Sicherheit sofort zu verkaufen für Inventarwert. Offerten A. 12 Postamt 89.
Wicht. und Vorloß-Geschäft billig zu verkaufen. Wiete 400 Markt. Näheres im Restaurant Blumenstraße 13. +1136*
Fahrrad, gut erhalten, 40 Markt. Kausch, Schadowstraße 177 a.
Fahrrad, Proctonmaschine, neu, frontbeidseitig, 80 Markt. Gierth, Chotinerstraße 44. [84/15
Vogel mit Bauer 12, - Markt Alexanderstraße 8. [126/9
Nähmaschine, 10 Markt, Alexanderstraße 8, Vogelhandlung. 126/10
Ruhbaummöbel, ganze Wirtschaft, wie neu, postbilig, verlässlich, Postkarte 38, 1. rechts. 2872*
Allerweltsfreund, wagenfahrender, kräftiger Spezialfahrer, große Champagnerflasche inklusive 1,25 M.; allemiger Fabrikant Janay Gella. Beste, billige Bezugsquelle für Weine und Spirituosen; alter Nordhäuser Bitter 50 Pfennig u. Bräunungsstraße 110 (neben Straßenbahnpost). Postkarte: Kassenstraße 27. [2868*
Ein gutes Geschäft verkauft. Näheres Reichel, Dunderstraße 13. 751*

Ein kleines, gutgehendes Milchgeschäft ist zu verkaufen. Näheres Köpenickerstraße 10, im Kohlengeschäft.
Kanonienbühne, Köller, von 5 M. an. Richter, Oranienstraße 87, Vogelhandlung. 23855*
Vermischte Anzeigen.
Elektrotechnik, Jastion, alte, Tafelstraße 24. Neuer Abendkurs zur Ausbildung zum Elektromonteur in Theorie und Praxis nach der währer Methode beginnt 1. Septbr., Vorlesung nicht erforderlich. Anmeldung täglich, auch Sonntags. 2078*
Wiederholungs-entw. Gnade, Hauptmannstraße 41. [770*
Rechtsbureau, Andreasstraße 63 (Concordia). Gewissenhafter Rechtsbeistand. [22535
Rivifikation! Wer sich über die rechtliche Gesamtheit unserer Zeit unterrichten will, verlange die Flugblätter des Verbands gegen Rivifikation, welche unentgeltlich versendet werden vom Tierkassenverein Berlin, Königgräberstraße 108. Um gültigen Abdruck wird gebeten. 2044b
Photographie, 6 Hft., 1 Kabinett 2,50, Kinder- und Familiengruppen gleiche Preise. Ernst Berling, Schadowstraße 146. 751*
Violin, Klavier, Pflanz, Cello, Unterrichts, monatlich 4 Markt, Oranienstraße 118.
Fahrräder repariert, Zimmer, Andreasstraße 70. 19805*
Hörn repariert, Glade, Uhrmacher, Brunnenstraße 53, Laden. [770*
Führer jeder Art fährt billig Otto Daniel, Gedenkmannstr. 2, Kohlenghandlung. 982b
Deivat, Mittags, Herren 40, Damen 35 Pfennig, Oranienstr. 178, I.
Vereinszimmer, kleiner Saal, mehrere Tage, auch Sonntags, zu vergeben. Gold, Große Franzfurterstraße 133. +700*
Vereinszimmer empfiehlt Alex. Kitz, Köpenickerstraße 119. [288K*
Großes Vereinszimmer zu vergeben. Sander, Köpenickerstraße 158. +

Zahl und Vereinszimmer empfiehlt Jannasch, Pfeilstraße 10. [2066*
Vereinszimmer, frei, Vabevig, Kommandantenstraße 65. 2838*
Ruchbinderarbeit jeder Werkertig, Heroldstraße 11, W. Köllnerstraße 54, 2. Hof parterre. 23875
Rechtsbureau, Andreasstraße 63 („Concordia“). Gewissenhafter Rechtsbeistand. 23795*
Hilfsgebühren, rat und geld, fahrt jeder nur kleine Marktstraße 8. 75*
Vereinszimmer, Simonstraße 23 Hft. 229K*
Erklärung, Die Beleidigung gegen Herrn Hermann Gensche nehme ich hiermit zurück. Louis Rodt. [1321*
Wernau, Hühner, Schwedersstraße 23, Sonnabende im September nach frei. [752*
Vermietungen.
Mietsgesuche.
Zum 1. September sucht älterer Herr volle Pension für monatlich 30 Markt, keine 4 Treppen; Stübchen mit Kachelofenheizung. Gegen einelei, nur nicht über 25 Minuten von der Reuendorferstraße entfernt. Adr. unter J. 6 Beatzstraße 3 Expedition des „Vorwärts“ abzugeben. [23625
2 Herren per 1. September separaten möbliertes Zimmer, Nähe Kottbuser Thor. Offerten mit Preis K. 8. Postamt 26. [2388b
Zimmer.
Freundlich möbliertes Zimmer für 2 Herren sofort zu vermieten, Köpenickerstraße 54, Obergelände III, bei Witwe Wollenthal.
Schlafstellen.
Saubere Schlafstelle für einen Herrn, Wittensalderstraße 25, Hof parterre, Krayer. [1123

Arbeitsmarkt.

Stellengesuche.
Blinder Schuhmacher bittet um Arbeit. Stühle werden gut geflochten, dieselben werden abgeholt und zurück geliefert. Wäfer, Wulsdorferstraße 27. *
Stellenangebote.
Zwei Tischler verlangt, Heide, Mariendorf. 23600
Tüchtige Helferinnen und Jagdnerinnen verlangen, Kleinfeld, Junge u. Co., Holzmarktstraße 67. *
Witwen-Helferinnen auf Arbeit verlangt, Wied, Vangelstraße 97. [21780
Im Arbeitsmarkt durch besonderen Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 10 Pf. pro Zeile
2 Tapezierer, verfl. Schod, Kurfürsten b a m m 240.
In der Marmorwarenfabrik von Rudolf Hüger, Weidendorferstraße 37, und Lohnunterschieden ausgegeben.
Zugzug fernhalten! 752/3 Der Vertrauensmann.
Achtung! Futmacher! Die Wertstelle von D. Hoffmann, Blumenstraße 30, ist gepeert. Zugzug ist fernzuhalten. 86/3
Die Ortsverwaltung, (Bilke Berlin)
Achtung! Parkettleger, Bauhandwerker! Die Firmen Grütz-Clasen und die Weissensoer Holzbearbeitungs-Fabrik, Genschenstraße mit beschrankter Haftung, sind gepeert! Die Kommission. 60/9
- Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.